

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M., im voraus zahlbar, Postbezug 4,20 M., einschließlich 60 Pf. Postwertzeichen- und 72 Pf. Postwertzeichen. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Wort und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner „Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in die Bäckerei“, „Jugend-Vorwärts“ und „Stadtbefleger“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag
2. Dezember 1930

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einpaltige Konpalleseite 80 Pfennig, Restanteile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das selbige druckte Wort 25 Pfennig (zuletzt zwei selbige druckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengeluche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäfts-Bürostraße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Hauptredaktion: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disc.-Bef., Depositenf., Jerusalemstr. 65/66.

Adolph Hoffmann

Gestern abend, kurz nach 10 Uhr, verstarb in seiner Berliner Wohnung Genosse **Adolph Hoffmann**. Eine Herzlähmung als Folge einer Grippe, die ihn seit zwei Wochen an das Bett fesselte, führte seinen plötzlichen Tod herbei.

Nun hat der unerbittliche Schnitter auch dem Leben dieses alten Kämpfers ein Ziel gesetzt. Sein charakteristischer weißer Kopf mit dem dichten Haar, allen Berliner Arbeitern aus unzähligen Versammlungen wohlbekannt, verschwindet nunmehr aus der Reihe der wenigen Alten, die in ihrer Person, aber mehr noch in ihrer Wirksamkeit Geschichte und Aufstieg der deutschen Sozialdemokratie verkörpern. Unerwartet kommt uns sein Tod. Doch er selber dachte sicher am allerwenigsten ans Sterben. Bis ihn seine Krankheit aufs Sterbelager warf, war er als Redner und Agitator tätig, als gelte es für ihn, noch ein ganzes Leben zu gewinnen.

Adolph Hoffmann ist ein Berliner Kind und er ist es in seiner Eigenart bis zum letzten Augenblick geblieben. Er wurde am 22. März 1858 als uneheliches Kind geboren und er hat sich dieser Tatsache nie geschämt. Er hat alle Kümmernisse und Bitternisse einer freudlosen Proletariatsjugend kennen-

gelernt: in vier verschiedenen Orten besuchte er sieben verschiedene Volks- resp. Armenthulen. Er wurde Graveur und Vergolder, er arbeitete in der Buchhändler-, Textil- und Metallbranche. Kein Wunder, daß er in jungen Jahren den Weg zur Sozialdemokratischen Partei fand. Ihn hegte das Sozialistengesetz, bis er nach dessen Sturz 1890 Redakteur am Parteiblatt in Jertz wurde. Eine Reihe langer Gefängnisstrafen wegen Pressevergehen war während dieser Tätigkeit für ihn die Quittung des alten Obrigkeitstaates.

Nach der Revolution war er zusammen mit Konrad Haenisch bis Anfang 1920 als Mitglied der USPD, Volksbeauftragter im preussischen Kultusministerium. Später ging er zu den Kommunisten, nach dem bekannten Spaltungsparteitag der USPD in Halle 1920. Nur zu bald erkannte er, wie er später oft genug versicherte, daß dieser Schritt vielleicht der größte Irrtum seines Lebens war. Enttäuscht kehrte er mit Ernst Däumig und anderen zur USPD zurück, die sich 1922 mit der Sozialdemokratischen Partei in Nürnberg vereinigte. Seit dieser Zeit hat er, wieder ganz der alte Feuerkopf, der Arbeiterbewegung gedient wie in jungen Jahren.

Er war einer der schlagfertigsten und volkstümlichsten Redner. Sein angeborener Berliner Mutterwitz

machte ihn in den Parlamenten zu einem der gefürchtetsten Zwischenrufer. Dem preussischen Dreiklassenhaufe gehörte er von 1908 bis 1918 an. Reichstagsabgeordneter war er von 1904 bis 1906 und nach der Revolution von 1920 bis 1924. Von 1919 bis 1921 war er Mitglied der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung und von 1928 ab Mitglied des Preussischen Landtages für den Wahlkreis Berlin. Aber auch kommunalpolitisch war er in Berlin als Stadtverordneter von 1900 ab über 20 Jahre tätig.

Es ist unmöglich, hier seine gesamte politische und schriftstellerische Tätigkeit zu umreißen. Zahllos sind die Bücher und Broschüren, die aus seiner Feder stammen. Es sei hier nur an „Die zehn Gebote und die bestehende Klasse“ erinnert, eine Schrift, die außerordentlich populär wurde und ihm von Seiten der Bürgerlichen den Spitznamen „Zehngebote-Hoffmann“ eintrug. Wie überhaupt sein Kampf gegen Kirchen- und Muckertum in der freireligiösen Bewegung in seinen besten Jahren richtunggebend war.

Nun ist auch er nicht mehr. Zum ersten Male fehlte er gestern abend in der Sitzung der Pressekommission, deren zweiter Vorsitzender er war. Um dieselbe Zeit, da die Sitzung geschlossen wurde, drückte der Tod dem Nimmermüden zum ewigen Schlaf die Augen zu.

Die Notverordnung in Kraft.

Gestern abend vom Reichspräsidenten unterzeichnet.

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat die ihm von der Reichsregierung vorgeschlagene Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen auf Grund Artikel 48 der Reichsverfassung am Montag, dem 1. Dezember, in den späten Abendstunden vollzogen und zur Verkündung an das Reichsgesetzblatt weitergeleitet.

Vor neuen Entscheidungen

Von Rudolf Breitscheid.

Es wäre verfehlt, wollten wir verkennen oder leugnen, daß das Vorgehen der Regierung Brüning, die die alte Notverordnung durch eine neue abändert und die Sanierungs-vorlage ebenso wie einige andere Gesetze mit Hilfe des Artikels 48 durchführt, große verfassungsrechtliche Bedenken erwecken muß. Es lassen sich im wesentlichen heute dieselben Einwände erheben, die wir gegen den Erlaß der Notverordnungen vor und nach der Auflösung des alten Reichstags geltend gemacht haben. Höchstens kann man sagen, daß diesmal tatsächlich die öffentliche Sicherheit und Ordnung in höherem Grad gefährdet oder gefährdet ist, als vor wenigen Monaten, und daß unter diesem Gesichtspunkt die sehr schnelle Verwirklichung der Finanzreformprojekte eine dringende Notwendigkeit darstellt. Aber auch jetzt bleibt es fraglich, ob das Kabinett das Recht besitzt, gerade seine Vorschläge als die einzig möglichen und einzig erfolgsversprechenden hinzustellen, und was das Wesentlichste ist, man hat die Abänderungsanträge zu der alten Notverordnung nicht einmal im Ausschuss zu Ende diskutieren lassen, und die Finanzgesetze sind überhaupt nicht zur parlamentarischen Debatte gelangt.

Das Gewicht dieser Kritik vom verfassungsrechtlichen Standpunkt aus kann auch durch die Tatsache nicht verringert werden, daß Verhandlungen zwischen den Ministern und den Fraktionsvertretern stattgefunden haben,

daß die Fraktionen auf diesem Wege einen Einfluß auf die Entscheidungen des Kabinetts ausüben konnten, und daß, was uns am meisten interessiert, den sozialdemokratischen Forderungen, namentlich bei der Krankenversicherung, verhältnismäßig weitgehend Rechnung getragen worden ist. Ein parlamentarisches Regime, das seinen Namen verdient, darf sich schließlich nicht auf die Arbeit hinter den Kulissen beschränken, sondern muß der Öffentlichkeit die Möglichkeit ständiger Kontrolle gewähren.

Nichts ist aber nun lächerlicher, als wenn beispielsweise die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ die Sozialdemokratie für das Abweichen von dem normalen Wege der Gesetzgebung verantwortlich macht mit der Versicherung, die Sozialdemokratie habe für ihre Unterstützung unerfüllbare Forderungen gestellt. Das Blatt widerlegt sich selbst, indem es feststellt, daß es dem Kanzler nicht einmal gelungen ist, die bürgerlichen Parteien, die angeblich hinter der Regierung stehen, zur Einigung zu bringen. Sollte die Sozialdemokratie, die im Kabinett nicht vertreten ist und deren positive Mitwirkung von einer Reihe von bürgerlichen Parteien nachdrücklich abgelehnt ist, eine größere Veranlassung zur Hilfsstellung für die Regierung haben als diejenigen Gruppen, deren Vertreter mit Brüning in einem Schiff sitzen? Ein solches Verlangen zu stellen, wäre einfach eine Sinnlosigkeit, und in Wahrheit ist nicht an den Sozialdemokraten die Aufrechterhaltung des normalen Systems gescheitert, sondern daran, daß die Regierung — mit Recht oder mit Unrecht — zu der Ueberzeugung gekommen ist, die Linie, auf der sich eine Mehrheit vereinigen lasse, sei nicht zuletzt angesichts der Ansprüche aus dem bürgerlichen Lager in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit nicht zu finden.

Auf jeden Fall hat das Kabinett, gelinde gesagt, der Verfassung eine Auslegung gegeben, die bis hart an die Grenze ihrer Vergewaltigung geht. Dieses Verfahren zu korrigieren, ist dem Reichstag natürlich unbenommen. Der Antrag auf Aufhebung der neuen Notverord-

nung wird gestellt werden, und wenn er eine Mehrheit findet, ist sie beseitigt. Vieles oder alles wird von dem Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion abhängen. Sie wird sich in wenigen Tagen zu entscheiden haben, ob sie das Verlangen auf Aufhebung unterstützen soll, und sie wird dabei sehr genau prüfen, welche Konsequenzen sich aus ihrem Beschluß ergeben, und ob es im Interesse des arbeitenden Volkes liegt, wenn in diesem Augenblick der Sturz des Kabinetts Brüning mit oder ohne Auflösung des Parlaments erfolgt. Sie wird sich in ihrer Politik sicher am wenigsten durch das Gerede jener Rechtskreise beeinflussen lassen, die zum Teil mit einer gewissen Genugtuung, zum Teil anklagend von den „diktatorischen“ Maßnahmen der Regierung reden.

Die Anklage wird am lautesten von denjenigen erhoben, die selber die Diktatur wollen, aber eine andere als diejenige, die jetzt nach ihrer Behauptung errichtet worden ist. Dieses „Haltet-den-Dieb“-Rufen kann auf uns keinen Eindruck machen, aber höchstens den, daß es uns einen weiteren Fingerzeig für unser Verhalten gibt. Hätten wir die Wahl zwischen der „Diktatur“ Brünings und der Rückkehr zum wirklichen Parlamentarismus, so könnte das sozialdemokratische Votum nicht eine Minute zweifelhaft sein. Wir haben sie aber nicht, weil gerade diejenigen, die das Abweichen von den Grundätzen der Demokratie am schärfsten verurteilen, die Arbeiten des Parlaments mit allen Kräften zu sabotieren bemüht sind, und die große Gefahr besteht, daß der Versuch, die Verfassung in ihrer ganzen Reinheit in diesem Augenblick wiederherzustellen, mit dem schlimmsten Bruch der Verfassung, mit der Errichtung einer offenen Diktatur, mit der völligen Ausschaltung des Reichstags und der Volksovertreter enden wird, ganz gleichgültig, ob sozusagen als Uebergang das Experiment mit der Aufnahme der Nationalsozialisten in die Regierung und mit der Zerstörung der preussischen Koalition gemacht würde.

Es ist wahrhaftig ein schweres Dilemma, vor dem wir stehen. Aber schließlich werden wir uns bei einer Verantwortung der Schicksalsfrage nicht von Ermägungen leiten

lassen dürfen, die sich nur auf die Gegenwart oder auf die allernächste Zukunft erstrecken. Was auf die Dauer gesehen für die Demokratie und für das Proletariat das Bessere ist, wird maßgebend sein. Die Entscheidung wird davon abhängen, ob wir der Ueberzeugung sein können, daß, falls die Bestimmungen der Notverordnung in allen ihren Teilen auch nur einigermaßen erträglich sind, die Tolerierung einer auch nach unserer Ueberzeugung sehr bedenklichen Auslegung der Verfassung für das arbeitende Volk gefährlichere Folgen

nach sich ziehen kann als die Eröffnung der Aussicht auf ein Regierungssystem im Sinne der Hitler und Hugenberg. Möglicherweise, daß es schließlich die bürgerlichen Parteien sein werden, die, des Kampfes müde, der Herrschaft nationalsozialistischer Ideen den Weg bereiten. Aber auch wer an diese Eventualität glaubt, hat sich die Frage vorzulegen, ob die Sozialdemokratie das Recht hat, die Bürgerlichen auf diese Bahn zu stoßen oder ihnen einen billigen Vorwand für ihr Betreten zu geben!

7. Wohnungswirtschaft.
8. Schutz der Landwirtschaft, und schließlich
9. Vereinfachung und Ersparrnisse auf dem Gebiete der Rechtspflege.

Wie amtlich mitgeteilt wird, wird von einer weiteren Einzelbegründung der Notverordnung in Gestalt einer amtlichen Verlautbarung im Augenblick abgesehen, zumal der Wirtschafts- und Finanzplan, der den weiteren Inhalt der Notverordnung bildet, bereits am 30. September dieses Jahres eine eingehende amtliche Begründung erfahren hat. Eine Ergänzung der Begründung der neuen Notverordnung behält sich die Reichsregierung für die unmittelbar bevorstehenden Beratungen des Reichstages vor, der sich bekanntlich vom 3. Dezember ab mit der ersten Befugung des Reichshaushaltsplanes 1931 befaßt wird.

Was Brüning ändern mußte.

Erleichterungen bei Krankenschein und Arzneigebühr.

Die neue Notverordnung enthält neben dem Finanzprogramm auch Abänderungen der alten Notverordnung vom Juli. Diese Abänderungen betreffen die Krankenversicherung, die Arbeitslosenversicherung und die Bürgersteuer. Sie bringen zwar nicht in allen Teilen eine volle Erfüllung der sozialdemokratischen Forderungen, durch die Verhandlungen mit der Regierung wurden aber wesentliche Zugeständnisse erreicht. Die völlige Beseitigung der Arzneigebühr, der Krankenscheingebühr und der Bürgersteuer, die von der Sozialdemokratie verlangt wurde, war nicht zu erreichen. Die Reichsregierung mußte jedoch ihren Standpunkt preisgeben, daß die Notverordnung unänderlich sei.

In bezug auf die Krankenversicherung

enthält die neue Notverordnung folgende Verbesserungen: 1. Die Arzneigebühr wird völlig aufgehoben: a) sofern die mit der Krankheit verbundene Arbeitsunfähigkeit länger als zehn Tage dauert; b) für sämtliche Arbeitslose (Empfänger von Arbeitslosenunterstützung, Krisenfürsorge und Wohlfahrtsunterstützung); c) für alle Personen, die aus der Invaliden-, Zugestelltenversicherung und Unfallversicherung Rente oder Ruhegeld beziehen; d) das gleiche gilt für Schwerbeschädigte (Kriegsbeschädigte, die nach der Reichsverordnung Rente beziehen); e) für Tuberkulöse und Geschlechtskranke, die von ihrer Fürsorge oder Beratungsstelle eine Bescheinigung beibringen.

2. Für die Krankenscheingebühr gelten dieselben Freibestimmungen wie für die Arzneigebühr. Außerdem kann der Krankenschein nachher geholt werden, insbesondere bei Unfällen oder in dringenden Fällen.

3. Bei Lohn- und Gehaltsempfängern, die neben dem Krankengeld ihr volles Gehalt beziehen, muß künftig der Beitrag zur Krankenversicherung gesenkt werden. Außerdem kann das Krankengeld erhöht werden.

Für den denselben Personenkreis ist durch eine Änderung des § 63 Abs. 1 des Handelsgesetzbuches, des § 133c Abs. 2 der Gewerbeordnung und § 616 des BGB. bestimmt worden, daß der Anspruch auf Gehalt oder Lohn nicht durch Beitrag ausgeschlossen oder beschränkt werden kann.

4. Das Hausgeld war durch die Notverordnung auf die Hälfte gesenkt worden. Jetzt wird den Krankenkassen das Recht gegeben, das Hausgeld allgemein auf zwei Drittel des Krankengeldes zu erhöhen. Daneben wird für jeden Angehörigen ein Zuschlag von 5 Proz. zugelassen.

5. Die Schwertriebsbeschädigten, die eine Zusatzrente beziehen, sind ebenfalls von der Entrichtung der Gebühr für den Krankenschein und den Krankenschein befreit.

Bei der Arbeitslosenversicherung

sind folgende Verbesserungen vorgesehen:

1. Den Jugendlichen zwischen 16 und 17 Jahren soll der ihnen durch die Notverordnung genommene Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung wieder gegeben werden.

2. Der Paragraph 105a der Arbeitslosenversicherung, wonach die Unterstützungsjahre bei einer unter 52 Wochen liegenden Anwartschaft gesenkt werden, wird dadurch verbessert, daß der Berechnungszeitraum von 18 Monaten auf 24 Monate ausgedehnt wird.

3. In Fällen, in denen die den Versicherten ordnungsgemäß abgezogenen Beiträge durch die Unternehmer nicht abgeführt worden sind, muß trotzdem den Versicherten die Unterstützung in voller Höhe gewährt werden.

Auch die Bürgersteuer

wird in wesentlichen Punkten geändert.

1. Die Bürgersteuer darf nur erhoben werden, falls eine über 30 Jahre alte Person selbständig auf eigene Rechnung lebt. Keitere Familienangehörige, die kein selbständiges Einkommen haben und bei Verwandten wohnen, sind dadurch steuerfrei.

2. Die Bürgersteuer darf nicht erhoben werden von Personen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind (Reichswehrangehörige), oder bei denen die Ausübung des Wahlrechts ruht oder die rechtlich an der Ausübung des Wahlrechts verhindert sind.

3. Weit wichtiger ist die Befreiung aller Personen, die Arbeitslosenunterstützung, Kriegsbeschädigtenrente oder Fürsorgeunterstützung erhalten. Diese Befreiung gilt auch für Sozialrentner, deren Jahreseinkommen 900 M. nicht übersteigt und die kein sonstiges Einkommen haben. Durch diese Bestimmung sind alle Arbeitslosen, Sozial- und Kleinrentner von der Bürgersteuer ausgenommen.

4. Die Bürgersteuer wird gestaffelt. Es bleibt für alle Einkommen unter 1200 M. bei dem Satz von 3 M. Die Einkommen zwischen 1200 und 4500 M. zahlen 6 M., zwischen 4500 und 6500 M. 9 M., 6500 M. bis 8000 M. 12 M., 8000 bis 12 000 M. 18 M., 12 000 bis 16 000 M. 24 M., 16 000 bis 20 000 M. 30 M., 20 000 bis 25 000 M. 36 M., 25 000 bis 30 000 M. 42 M., 30 000 bis 35 000 M. 48 M., 35 000 bis 40 000 M. 54 M., 40 000 bis 45 000 M. 60 M., 45 000 bis 50 000 M. 66 M., 50 000 bis 55 000 M. 72 M., 55 000 bis 60 000 M. 78 M., 60 000 bis 65 000 M. 84 M., 65 000 bis 70 000 M. 90 M., 70 000 bis 75 000 M. 96 M., 75 000 bis 80 000 M. 102 M., 80 000 bis 85 000 M. 108 M., 85 000 bis 90 000 M. 114 M., 90 000 bis 95 000 M. 120 M., 95 000 bis 100 000 M. 126 M., 100 000 bis 105 000 M. 132 M., 105 000 bis 110 000 M. 138 M., 110 000 bis 115 000 M. 144 M., 115 000 bis 120 000 M. 150 M., 120 000 bis 125 000 M. 156 M., 125 000 bis 130 000 M. 162 M., 130 000 bis 135 000 M. 168 M., 135 000 bis 140 000 M. 174 M., 140 000 bis 145 000 M. 180 M., 145 000 bis 150 000 M. 186 M., 150 000 bis 155 000 M. 192 M., 155 000 bis 160 000 M. 198 M., 160 000 bis 165 000 M. 204 M., 165 000 bis 170 000 M. 210 M., 170 000 bis 175 000 M. 216 M., 175 000 bis 180 000 M. 222 M., 180 000 bis 185 000 M. 228 M., 185 000 bis 190 000 M. 234 M., 190 000 bis 195 000 M. 240 M., 195 000 bis 200 000 M. 246 M., 200 000 bis 205 000 M. 252 M., 205 000 bis 210 000 M. 258 M., 210 000 bis 215 000 M. 264 M., 215 000 bis 220 000 M. 270 M., 220 000 bis 225 000 M. 276 M., 225 000 bis 230 000 M. 282 M., 230 000 bis 235 000 M. 288 M., 235 000 bis 240 000 M. 294 M., 240 000 bis 245 000 M. 300 M., 245 000 bis 250 000 M. 306 M., 250 000 bis 255 000 M. 312 M., 255 000 bis 260 000 M. 318 M., 260 000 bis 265 000 M. 324 M., 265 000 bis 270 000 M. 330 M., 270 000 bis 275 000 M. 336 M., 275 000 bis 280 000 M. 342 M., 280 000 bis 285 000 M. 348 M., 285 000 bis 290 000 M. 354 M., 290 000 bis 295 000 M. 360 M., 295 000 bis 300 000 M. 366 M., 300 000 bis 305 000 M. 372 M., 305 000 bis 310 000 M. 378 M., 310 000 bis 315 000 M. 384 M., 315 000 bis 320 000 M. 390 M., 320 000 bis 325 000 M. 396 M., 325 000 bis 330 000 M. 402 M., 330 000 bis 335 000 M. 408 M., 335 000 bis 340 000 M. 414 M., 340 000 bis 345 000 M. 420 M., 345 000 bis 350 000 M. 426 M., 350 000 bis 355 000 M. 432 M., 355 000 bis 360 000 M. 438 M., 360 000 bis 365 000 M. 444 M., 365 000 bis 370 000 M. 450 M., 370 000 bis 375 000 M. 456 M., 375 000 bis 380 000 M. 462 M., 380 000 bis 385 000 M. 468 M., 385 000 bis 390 000 M. 474 M., 390 000 bis 395 000 M. 480 M., 395 000 bis 400 000 M. 486 M., 400 000 bis 405 000 M. 492 M., 405 000 bis 410 000 M. 498 M., 410 000 bis 415 000 M. 504 M., 415 000 bis 420 000 M. 510 M., 420 000 bis 425 000 M. 516 M., 425 000 bis 430 000 M. 522 M., 430 000 bis 435 000 M. 528 M., 435 000 bis 440 000 M. 534 M., 440 000 bis 445 000 M. 540 M., 445 000 bis 450 000 M. 546 M., 450 000 bis 455 000 M. 552 M., 455 000 bis 460 000 M. 558 M., 460 000 bis 465 000 M. 564 M., 465 000 bis 470 000 M. 570 M., 470 000 bis 475 000 M. 576 M., 475 000 bis 480 000 M. 582 M., 480 000 bis 485 000 M. 588 M., 485 000 bis 490 000 M. 594 M., 490 000 bis 495 000 M. 600 M., 495 000 bis 500 000 M. 606 M., 500 000 bis 505 000 M. 612 M., 505 000 bis 510 000 M. 618 M., 510 000 bis 515 000 M. 624 M., 515 000 bis 520 000 M. 630 M., 520 000 bis 525 000 M. 636 M., 525 000 bis 530 000 M. 642 M., 530 000 bis 535 000 M. 648 M., 535 000 bis 540 000 M. 654 M., 540 000 bis 545 000 M. 660 M., 545 000 bis 550 000 M. 666 M., 550 000 bis 555 000 M. 672 M., 555 000 bis 560 000 M. 678 M., 560 000 bis 565 000 M. 684 M., 565 000 bis 570 000 M. 690 M., 570 000 bis 575 000 M. 696 M., 575 000 bis 580 000 M. 702 M., 580 000 bis 585 000 M. 708 M., 585 000 bis 590 000 M. 714 M., 590 000 bis 595 000 M. 720 M., 595 000 bis 600 000 M. 726 M., 600 000 bis 605 000 M. 732 M., 605 000 bis 610 000 M. 738 M., 610 000 bis 615 000 M. 744 M., 615 000 bis 620 000 M. 750 M., 620 000 bis 625 000 M. 756 M., 625 000 bis 630 000 M. 762 M., 630 000 bis 635 000 M. 768 M., 635 000 bis 640 000 M. 774 M., 640 000 bis 645 000 M. 780 M., 645 000 bis 650 000 M. 786 M., 650 000 bis 655 000 M. 792 M., 655 000 bis 660 000 M. 798 M., 660 000 bis 665 000 M. 804 M., 665 000 bis 670 000 M. 810 M., 670 000 bis 675 000 M. 816 M., 675 000 bis 680 000 M. 822 M., 680 000 bis 685 000 M. 828 M., 685 000 bis 690 000 M. 834 M., 690 000 bis 695 000 M. 840 M., 695 000 bis 700 000 M. 846 M., 700 000 bis 705 000 M. 852 M., 705 000 bis 710 000 M. 858 M., 710 000 bis 715 000 M. 864 M., 715 000 bis 720 000 M. 870 M., 720 000 bis 725 000 M. 876 M., 725 000 bis 730 000 M. 882 M., 730 000 bis 735 000 M. 888 M., 735 000 bis 740 000 M. 894 M., 740 000 bis 745 000 M. 900 M., 745 000 bis 750 000 M. 906 M., 750 000 bis 755 000 M. 912 M., 755 000 bis 760 000 M. 918 M., 760 000 bis 765 000 M. 924 M., 765 000 bis 770 000 M. 930 M., 770 000 bis 775 000 M. 936 M., 775 000 bis 780 000 M. 942 M., 780 000 bis 785 000 M. 948 M., 785 000 bis 790 000 M. 954 M., 790 000 bis 795 000 M. 960 M., 795 000 bis 800 000 M. 966 M., 800 000 bis 805 000 M. 972 M., 805 000 bis 810 000 M. 978 M., 810 000 bis 815 000 M. 984 M., 815 000 bis 820 000 M. 990 M., 820 000 bis 825 000 M. 996 M., 825 000 bis 830 000 M. 1002 M., 830 000 bis 835 000 M. 1008 M., 835 000 bis 840 000 M. 1014 M., 840 000 bis 845 000 M. 1020 M., 845 000 bis 850 000 M. 1026 M., 850 000 bis 855 000 M. 1032 M., 855 000 bis 860 000 M. 1038 M., 860 000 bis 865 000 M. 1044 M., 865 000 bis 870 000 M. 1050 M., 870 000 bis 875 000 M. 1056 M., 875 000 bis 880 000 M. 1062 M., 880 000 bis 885 000 M. 1068 M., 885 000 bis 890 000 M. 1074 M., 890 000 bis 895 000 M. 1080 M., 895 000 bis 900 000 M. 1086 M., 900 000 bis 905 000 M. 1092 M., 905 000 bis 910 000 M. 1098 M., 910 000 bis 915 000 M. 1104 M., 915 000 bis 920 000 M. 1110 M., 920 000 bis 925 000 M. 1116 M., 925 000 bis 930 000 M. 1122 M., 930 000 bis 935 000 M. 1128 M., 935 000 bis 940 000 M. 1134 M., 940 000 bis 945 000 M. 1140 M., 945 000 bis 950 000 M. 1146 M., 950 000 bis 955 000 M. 1152 M., 955 000 bis 960 000 M. 1158 M., 960 000 bis 965 000 M. 1164 M., 965 000 bis 970 000 M. 1170 M., 970 000 bis 975 000 M. 1176 M., 975 000 bis 980 000 M. 1182 M., 980 000 bis 985 000 M. 1188 M., 985 000 bis 990 000 M. 1194 M., 990 000 bis 995 000 M. 1200 M., 995 000 bis 1000 000 M.

Während also die Bürgersteuer bis 4500 Mark unverändert bleibt, wird sie bei den höheren Einkommen verschärft, bei den Einkommen über 100 000 Mark verdoppelt, so daß der höchste Betrag von 1000 auf 2000 Mark steigt.

Für Ehefrauen ist ein Zuschlag von der Hälfte vorgesehen. Am wichtigsten sind bei diesen Abänderungen die Verbesserungen bei der Krankenversicherung, durch die den Verlangenen weite Kreise der Bevölkerung nach Beseitigung der Arzneigebühr und der Krankenscheingebühr Rechnung getragen wird.

Der Inhalt der Notverordnung.

Amtlich wird mitgeteilt:

Die Notverordnung besteht im wesentlichen aus drei Teilen. Zunächst enthält sie auf Grund der inzwischen gesammelten Erfahrungen und wertvoller politischer Anregungen gewisse Abänderungen der Notverordnung vom 26. Juli, insbesondere hinsichtlich der Krankenversicherung, der Arbeitslosenversicherung und der Gemeindefinanzen.

Sodann umfaßt die neue Notverordnung den Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung, wie er inzwischen vom Reichsrat verabschiedet ist. Nur insofern sind gewisse Abänderungen vorgenommen worden, als verfassungsändernde Bestimmungen ausgeschlossen worden sind.

Der dritte bedeutende Teil der Notverordnung umfaßt Maßnahmen zur Stützung der notleidenden Landwirtschaft. In diesem Abschnitt sind zur Sicherung der heimischen Produktion gewisse Zolländerungen vorgesehen, ferner wichtige Bestimmungen in das Brotgesetz unter anderem hinsichtlich des Beimischungszwanges beigelegt und die Vorschriften des dem Reichstag bereits vorgelegten Handelsklassengesetzes aufgenommen worden.

Die gesamte Notverordnung gliedert sich in neun Teile und zwar mit den Untertiteln:

1. Änderung der Notverordnung vom 26. Juli 1930.
2. Sicherungen des Haushaltes.
3. Steuervereinfachung und Steuervereinheitlichung.
4. Senkung von Realsteuern und Verkeuerssteuern.
5. Finanzausgleich.
6. Fragen der Reichsbank, der Golddiskontbank und der Rentenbank.

Ausschuß und Notverordnung.

Die Haltung der Sozialdemokratie.

Zu Beginn der Sitzung des Haushaltsausschusses am Montag, dem 1. Dezember, ergriff Genosse Kufhäuser das Wort, um folgendes auszuführen:

„Aus Mitteilungen der Tagespresse ist zu entnehmen, daß die Reichsregierung beabsichtigt, heute oder morgen durch eine Notverordnung den Abschnitt IV der Notverordnung abzuändern. Ich möchte unter diesen Umständen die Frage aufwerfen, ob es Zweck hat, jetzt materiell weiterzubehalten. Ich darf für den Fall, daß der Ausschuß meiner Auffassung beitrifft, erklären:

„Meine Fraktion hat die Ueberweisung der Notverordnung an den Ausschuß beantragt, weil eine generelle mechanische Aufhebung der Notverordnung auch die für die Versicherten günstigen Bestimmungen mitbeeinträchtigt hätte und

weil ihr daran gelegen sein mußte, die einzelnen unsozialen Bestimmungen zu ändern.

Die Absicht der Sozialdemokratie, den Kranken und Arbeitslosen zu helfen, ist durch die Zusammenziehung des jetzigen Reichstages erschwert worden, weil starke Gruppen rechts und links antipar-

mentarisch und damit nicht positiv eingestellt sind. Wir haben bewußt darauf verzichtet, in den hier zu entscheidenden Lebensfragen der Arbeitnehmer das Experiment von einer Mehrheit von Nationalsozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten zu machen, weil eine solche Mehrheit nur negativ sein kann. Da auch innerhalb der Regierungsparteien starke Widerstände gegen die uns nötig erscheinenden Änderungen vorhanden sind, so wollten wir die Kranken und Arbeitslosen keinen Zufallsentscheidungen aussetzen

und haben deshalb vorher in eingehenden Verhandlungen mit der Reichsregierung die erforderlichen Abänderungsanträge vertreten.

die auf Grund der Verhandlungsergebnisse in unseren Eulfschulungen (Ausschußdrucke 30/31) von Sonnabend, dem 29. November, mitgehalten sind. Wir behalten uns vor, nach dem Erscheinen der Notverordnung, in der wir eine Verdrückung unserer Forderungen erwarten, falls es uns erforderlich erscheint, eine neue Beratung zu beantragen.“

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde so verfahren und beschlossen, die Abstimmungen am Dienstag vorzunehmen.

Maßnahmen gegen den Terror.

Umzugsverbot in Hannover.

Hannover, 1. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Polizeipräsident hat für das Gebiet der Stadt Hannover alle Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge verboten. Trotzdem setzten die Kommunisten am Montag ihre Terrorakte vor dem Arbeitsamt fort. Wiederholt wurden arbeitslose Reichsbannerkameraden überfallen. Verteiler der sozialdemokratischen Erwerbslosen-Tribüne, die vor dem Arbeitsamt standen, wurden ebenfalls angegriffen. Erst als die Polizei energisch durchgriff, trat Ruhe ein.

Ein Volksbegehren in Thüringen.

Die Kommunisten beantragen Landtagsauflösung.

Weimar, 1. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Groß-Thüringens hat einen Antrag zur Durchführung eines Volksbegehrens und Volksentscheids auf Auflösung des thüringischen Landtags gestellt.

Anfurbelung durch Anleihe.

Prosperität gegen Wirtschaftskrise.

Washington, 1. Dezember. (Eigenbericht.)

Die am Montag beginnende dreimonatige Session des Bundeskongresses steht im Zeichen unruhiger Beschleunigung der Gesetzesmaßnahmen gegen die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit. Beide Parteien überließen sich geradezu bei der Einbringung weitgehender Gesetzesentwürfe und äußerten ihre Besorgnisse um die Millionen Erwerbslosen. Ob jedoch praktisch etwas herauskommt, erscheint fraglich. Präsident Hoover und der Führer der demokratischen Opposition, Bundes Senator Robinson, konferierten

über das Parlamentsprogramm und eine beschleunigte Arbeitsabwicklung. Die Einigungsverhandlungen sind teilweise betriebend verlaufen, jedoch ist die Haltung einflussreicher unabhängiger Republikaner und unzufriedener Demokraten keineswegs gefast. Das heißt unstrittene amerikanische Beitrittsprotokoll zum Weltgerichtshof wird nach allgemeinem Urteil wegen Arbeitsüberlastung wahrscheinlich bis zum nächsten Winter zurückgestellt werden. Gleichzeitig wird von einflussreicher Privatseite eine neue Bewegung zur Arbeitslosenhilfe eingeleitet, die die Bereitstellung einer Milliarden-Bundesgelder für öffentliche Arbeiten und Unterhaltungen durch den Bundeskongress vorzieht. Die Vorschläge gipfeln in der Auflegung einer nationalen Prosperitätsanleihe, durch die ähnlich wie zu Kriegzeiten die Volkswirtschaft angefordert werden soll. Der neue Plan zeigt, wie so viele vorangegangene Pläne, nur schöne Redensarten und keine unmittelbaren Taten.

Zum Fall Bullerjahn wird amtlich mitgeteilt: Bullerjahn ist rechtskräftig zu einer Zuchthausstrafe verurteilt worden, die selbstverständlich auch vollstreckt werden muß. Wie schon einmal im vorigen Jahr hat der Oberreichsanwalt gestattet, daß Bullerjahn einige Zeit in das Untersuchungsgefängnis in Moabit übergeführt wurde, um sein Wiederaufnahmeverfahren zu betreiben. Die ihm gestellte Frist seines Aufenthaltes in Moabit ist einmal verlängert worden. Eine weitere Verlängerung hat der Oberreichsanwalt abgelehnt, um die Strafvollstreckung nicht zu sehr zu unterbrechen. Auf eine Beschwerde hin ist die Frist nochmals um 14 Tage verlängert worden.

Italienisch-jüdischer Zwischenfall. In der Nähe von Görz an der italienisch-österreichischen Grenze wurden sechs heimkehrende italienische Zollbeamte beschossen. Ein Beamter wurde getötet. Als Attentäter gilt ein Jugoslawe.

Rußlandminister Henderson teilte im Unterhaus mit, daß er in Moskau gegen die grundlosen Beschuldigungen Einspruch habe erheben lassen, die im Ramsin-Prozess gegen England gerichtet worden sind.

Das Programm des Kapitalismus.

Die Volkspartei kämpft um ihre Existenz.

Die Wahlen in Bremen und Bielefeld haben auf das deutlichste gezeigt, daß der Einbruch der Nationalsozialisten in die bürgerlichen Parteien immer noch weiter geht. Würde man das Ergebnis der Wahlen seit dem September auf das Reich übertragen, so würde man das Bild erhalten, daß es nur noch vier große politische Parteien in Deutschland gibt: Sozialdemokraten, Nationalsozialisten, Kommunisten und Zentrum. Was zwischen Zentrum und Nationalsozialisten steht, ist nur noch als Trümmerhaufen von Splitterparteien zu werten.

In dieser Situation hat der neue Parteivorstand der Deutschen Volkspartei, der Abgeordnete Dingeldey, eine programmatische Rede vor dem Zentralvorstand seiner Partei gehalten. Er hat sein Programm in die Worte zusammengefaßt:

„Nur auf dem Wege des Privateigentums der kapitalistischen Wirtschaftsordnung kann die Rettung in Angriff genommen werden.“

Er hat gleichzeitig darüber gesprochen, daß „der Schutz sozialistischer Gedankengänge weggeräumt werden“ müsse. Worin der Schutz sozialistischer Gedankengänge besteht, darüber hat er keinen Zweifel gelassen: menschenwürdige Löhne sind für ihn Sozialismus, Lohnabbau der Weg zur Rettung durch den Kapitalismus.

Herr Dingeldey hat sich in diesem Punkte Herrn Hugenberg stark angenähert, der die Wirtschaftskrise aus dem Marxismus ableitet. Beide gemeinsam erblicken in menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und sozialpolitischem Schutz im Rahmen des Kapitalismus bereits Sozialismus, beide vertreten die Parole: nur der Kapitalismus kann uns retten!

Für Herrn Dingeldey besteht demnach das Wesen des Kapitalismus im Lohnabbau und im Abbau der Sozialpolitik. Wir werden dieser Definition nicht widersprechen.

Das Programm der Volkspartei bleibt noch wie vor ein Bekenntnis zum Kapitalismus und zum Scharfmachertum.

Herr Dingeldey hat sich weiter gegenüber den Nationalsozialisten sehr deutlich abgegrenzt:

„Mit dem Sozialismus im internationalen Gewand werden wir fertig; daß sich in Deutschland der Sozialismus auch im nationalen Gewand zeigt, ist die schwere Gefahr, vor der Staat und Wirtschaft heute stehen. Es gibt nun in der Wirtschaft heute führende Persönlichkeiten, die den kurzfristigen Standpunkt vertreten, man müsse dieser im nationalen Gewande einherstreichenden sozialistischen Bewegung die Hand deshalb reichen, weil man dann die Aussicht habe, ihre sozialistischen Tendenzen zu überwinden. Diese Persönlichkeiten wissen nicht, wie sie damit die furchtbare Gefahr der Fortbildung einer zu ihrer eigenen Vernichtung bestimmten Bewegung immer weiter fördern.“

Indessen will der neue Parteivorstand sich den Weg zum Bündnis mit den Nationalsozialisten nicht verbauen, er will jedoch nicht ein Bündnis nach dem Vorbilde Hugengeb's:

„Wir lehnen nicht, um es deutlich auszusprechen, Bündnisse nach der einen oder anderen Seite militärisch-anjauungsmäßig oder für alle Zeiten ab, wir wollen aber auch nicht, daß in der Betrachtung der nationalsozialistischen Bewegung die Deutsche Volkspartei den abhängigen Weg der Partei des Herrn Hugenberg geht, wo man nicht mehr weiß, was denn eigentlich die eigene Ergänzungsbewertung noch bedeutet, jenen Weg, auf dem man sich selbst aufgibt aus Angst davor, daß die nationalsozialistische Bewegung über einen hinwegwachsen könnte.“

Die Volkspartei kämpft um ihre Selbsterhaltung gegenüber den Nationalsozialisten — und das Groseske dabei ist, daß die Nationalsozialisten mit Scharfmachergeld finanziert werden!

Die radikal-demokratische Partei.

Ein Presseempfang.

Die aus der Vereinigung unabhängiger Demokraten hervorgegangene Radikal-demokratische Partei hatte zu gestern zu einer Pressebesprechung geladen. Es referierten u. a. Prof. Quiddé und der Parteivorstand Rechtsanwalt Dr. Braubach.

Sie legten dar: das Zusammengehen der Deutschen Demokratischen Partei mit dem Jungdeutschen Orden war für die radikalen Demokraten nur das letzte Glied in einer langen Kette. Die Politik der Demokratischen Partei vermochte weder rechts noch links Kräfte zu gewinnen. Die Wählerzahl fiel in immer steigendem Maße von der Partei ab, um entweder nach links zur Sozialdemokratie zu gehen oder bei anderen bürgerlichen Gruppen Anschluß zu finden. Weil die Parteiführer nicht den Mut hatten, über das Kompromiß das Grundständige zu stellen, weil vielmehr das Kompromiß zum Prinzip ward, erfolgte der Rückgang. Die alten Ideale der radikalen Demokratie wieder zu verlebendigen ist die Aufgabe der neuen Partei.

Mit Nachdruck wurde die Hoffnung betont, ehrliche in andere Lager gegangene Anhänger der Demokratie zurückzugewinnen und hierbei auch zur Sozialdemokratie übergetretene frühere Demokraten ins radikal bürgerliche Lager zurückzuleiten. Wir glauben nicht, daß für die Erfüllung dieser Hoffnung viel Raum ist.

Horthy soll Stalin anerkennen?

Pariser Version über den Zweck der Mailandreise Litwinows

Paris, 1. Dezember. (Eigenbericht.)

Die starke Geschäftigkeit der italienischen Diplomatie während der Besuche des russischen und des türkischen Außenministers hat in Paris, wie immer, sichtlich Beforgnis ausgelöst. Zunächst hielt man die von den Faschisten ausgesprochene Version, daß es sich bei den Besprechungen in Rom um die Bildung eines deutsch-russisch-italienischen Blocks handeln könnte, für glaubwürdig. Der „Paris Mid“, der über außerordentlich gute Beziehungen zum französischen Auswärtigen Amt verfügt, stellt die Dinge am Montag jedoch etwas weniger bedrohlich dar. Litwinows Besuch in Mailand habe — so erklärt das Blatt — vor allem dem Ziel gegolten, die von Ungarn bisher verweigerte Anerkennung der Sowjetregierung zu erhalten, wofür er dank der Vermittlung Stalins eine verbindende Zusage erhalten habe, während er den Abschluß eines Vertrages mit der italienischen Staatsmacht über den Bau mehrerer mittlerer und größerer Einheiten für die russische Kriegsmarine im Schwarzen Meer zugesagt habe.

Die Verhandlungen mit dem türkischen Außenminister haben nach dem „Paris Mid“ dem Abschluß eines Dreimächteab-

Frick von Versailles.



„Bodspringen treiben diese Reichsbannerleute, eine zweifellos militärische Übung. Verbieten wir sie!“

Lohnabbau — nicht Preissenkung!

Sand in die Augen der Öffentlichkeit.

Der Reichsarbeitsminister hat gestern die Allgemeinverbindlichkeit der Löhne im Berliner Kartoffelgroßhandel außer Kraft gesetzt.

Er begründet diese außerordentliche Maßnahme damit, daß die Tariflöhne „ungewöhnlich hoch seien; sie betragen 68 bis 78 M. wöchentlich. Dazu kommen während des Saisongeschäftes, d. h. während zweier Monate Zuschläge von 7 M. die Woche. Während dieser zwei Monate werden Aushilfskräfte eingestellt, die einen Stundenlohn von 1,60 M., also einen Wochenlohn von 76,80 M. bekommen.“

Der Reichsarbeitsminister sagt in seiner Begründung, daß diese Löhne für den Absch eines Lebensmittels anzuwenden sind, das eine der wichtigsten Grundlagen der Ernährung des gesamten Volkes darstellt: „Die erhebliche Spanne zwischen Erzeugerpreis und Kleinhandelspreis für Kartoffeln ist zweifellos durch die Lohnkosten mit verursacht.“

Diese ungläubliche Begründung zeigt, mit welchem gemeingefährlichen Dilettantismus heute im Reichsarbeitsministerium unter Herrn Stegerwald gewirtschaftet wird.

Was ist die nächste Folge der Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit? Die Tariflöhne müssen von den organisierten Unternehmern weitergezahlt werden. Nur die unorganisierten Unternehmer könnten niedrigere Löhne zahlen. Voraussetzung dafür wäre allerdings, daß sie Arbeiter bekämen, die zu niedrigeren Löhnen arbeiten.

Träte diese Voraussetzung ein, so würde die nächste Folge sein, daß die wenigen Kartoffelgroßhändler, die nicht organisiert sind und die für die Versorgung Berlins mit Kartoffeln nicht ins Gewicht fallen, einen Extraprofit in ihre Tasche stecken könnten.

Eine Allgemeinverbindlichkeit wird nur ausgesprochen, wenn einem Tarifvertrag die „überwiegende Bedeutung“ zukommt, d. h. wenn sowohl Unternehmer wie Arbeiter so stark organisiert sind, daß die Anzahl der unorganisierten Außenseiter nicht ins Gewicht fällt. Das trifft auf den Kartoffelgroßhandel in Berlin zu. Es handelt sich bei den Tariflöhnen um eine freie Vereinbarung. Unternehmerorganisation wie Gewerkschaft haben beide die Allgemeinverbindlichkeit beantragt.

Durch die Maßnahme des Reichsarbeitsministers kann also der Kartoffelpreis gar nicht gesenkt werden.

Es ist ein ganz grober Schwindel, der hier getrieben wird. Die Berliner Konsumgenossenschaft, die dieselben Löhne zahlen muß wie alle anderen Kleinhändler, verkauft die Kartoffeln

um 1 Mark und darüber billiger als der Großteil der übrigen Kleinhändler.

Der gesamte Lohn der Arbeiter im Kartoffelgroßhandel macht pro Pfund nur den Bruchteil eines Pfennigs aus.

Selbst wenn die Löhne bei den Außenseitem um 10 oder gar um 20 Proz. gesenkt würden, so könnten diese Außenseiter den Zentner Kartoffeln auf Grund dieser Verbilligung um höchstens 3 Pf. pro Zentner senken. Wie sich dann das im Kleinhandel auswirken würde, kann sich leicht jeder selbst ausrechnen.

Aber sind diese Löhne wirklich „ungewöhnlich hoch“? Es handelt sich hier nicht nur um eine sehr schwere Arbeit, die sich auf eine kurze Spanne Zeit zusammendrängt, sondern diese schwere Arbeit erfordert eine außerordentlich physische Anspannung. Wie die Unternehmer gestern im Reichsarbeitsministerium selbst erklärt haben, rinnt den Arbeitern trotz der niedrigen Tagestemperatur buchstäblich der Schweiß über den ganzen Körper. Es kommt hinzu, daß diese Arbeiter, die keine ständigen Arbeiter sind,

keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben,

wenn sie nach den zwei Monaten ihre Arbeitsstelle verlieren. Sie bekommen auch in den ersten Wochen keine Wohlfahrtsunterstützung.

Die ganze Aktion ist nur in Szene gesetzt worden, damit der Reichsarbeitsminister sich hinstellen und sagen kann, er habe etwas für die Verbilligung der Kartoffelpreise getan! In Wirklichkeit hat er den wenigen Außenseitem im Kartoffelgroßhandel nur die Möglichkeit eines Ueberprofits verschafft und gleichzeitig Stellung genommen gegen die Arbeiter. Es ist uns bisher noch keine Unternehmerorganisation bekannt geworden, wenigstens in Deutschland nicht, die auf die Erhöhung der Löhne hinarbeitet. Man kann wohl ohne Ueberreibung sagen, daß auch die Kartoffelgroßhändler davon keine Ausnahme machen. Der Reichsarbeitsminister begünstigt aber nicht nur die Außenseiter im Unternehmertum,

er nimmt scharf Stellung gegen den Tarifvertrag überhaupt.

Seine Maßnahme ist die direkte Aufforderung an die Unternehmer, aus ihren Organisationen auszutreten.

Der Reichsarbeitsminister hat nichts getan, um etwa die Handlungsspanne im Kartoffelhandel zu vermindern. Er hat nichts getan, um auch die übrigen Kleinhändler zu zwingen, zu den Preisen zu verkaufen, zu denen die Konsumgenossenschaft verkauft. Seine Maßnahme ist Sand in die Augen der Öffentlichkeit, die die Kartoffeln dadurch nicht um einen Pfennig billiger bekommen wird.

kommen zwischen Rom, Ungarn und Athen gebildet. Italiens Streben gehe unzweifelhaft dahin, die beiden mit Frankreich verbündeten Balkanmächte Rumänien und Jugoslawien vollkommen einzukreisen, inmitten eines Blocks von Mächten, deren Politik auf die Revision der Verträge von 1919 hinführe. Die Revisionspolitik aber sei es auch, mit deren Hilfe man Deutschland in das russisch-italienische Netz hineinzulocken hoffe. Der „Paris Mid“ gibt schließlich der Ansicht Ausdruck, daß Deutschland sich von diesem gefährlichen Spiel fernhalten werde, das auf nichts anderes hinauslaufe, als auf die alte Vorkriegspolitik der Bündnisverträge zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts.

Französischer Milliardenkredit an Italien?

Paris, 1. Dezember. (Eigenbericht.)

Trotz aller Demenstis der italienischen Regierung behauptet der „Intransigeant“ am Montag wieder auf Grund angeblich bester Informationen, daß Verhandlungen über die Gewährung eines Kredits von etwa sieben Milliarden an Italien im Gange seien. Mehrere Pariser Großbanken seien durchaus zu diesem lohnenden Geschäft bereit, doch sei eine derartige Kreditgewährung für die französische Politik im Augenblick untragbar, solange Italien alles tue, um die Beziehungen zwischen Paris und Rom zu verschärfen.

Ein deutscher Antrag in Gené.

Abrüstungskonferenz: 2. November 1931?

Gené, 1. Dezember. (Eigenbericht.)

Die deutsche Delegation hat an die Vorbereitende Abrüstungskommission folgenden Antrag gerichtet:

„Nach Beendigung ihrer Arbeiten schlägt die Vorbereitende Kommission für die Abrüstungskonferenz des Völkerbundrats vor, die erste Abrüstungskonferenz am Montag, den 2. November 1931, anzuberufen.“

Die Entscheidung über diese Anregung steht noch aus. Indessen zeigte die Kommission zu Beginn ihrer Montagssitzung das deutliche Bestreben, so rasch als möglich zum Abschluß des Berichtes an den Rat und eines Konventionsentwurfes zu kommen. Am Montag wurde dessen zweite Lesung ohne wesentliche Änderungen abgeschlossen und die dritte Lesung begonnen. Der deutschen Delegation gelang es, die Streichung des Artikels über die Einbeziehung der Zivilluftfahrt in die Abrüstungsbestimmungen durchzusetzen. Ferner wurde folgender deutscher Vorbehalt in den Bericht an den Rat aufgenommen: „Die deutsche Delegation ist der Ansicht, daß die Entwicklung eines Mittels des friedlichen Verkehrs in keinem Falle als Ausgangspunkt für Rüstungen aufgeföhrt werden darf, vor allem wenn man wichtige und rein militärische Kriterien nicht beachtet hat bezüglich des Lagernden oder Referendarmaterials, der ausgebildeten Reserven usw. und andere wichtige Verkehrsmittel, z. B. die Handelsmarine, der man sogar vorbereitende militärische Einrichtungen erlaubt hat.“

Im übrigen wurden am Montag im Verlauf der dritten Lesung sämtliche russischen und deutschen Anträge, die auf wirksamere Abrüstungsbestimmungen drängten, von der seit Wochen feststehenden Mehrheit bei Stimmenthaltung der Neutralen abgelehnt. Nur eine französische Einschränkung der Kontrolle militärisch organisierter Verbände auf Friedenszeiten und eine englische Erweiterung der Kontrolle aller Flugzeuge in Staatsbesitz wurden angenommen.

Bei der Wahl im schottischen Wahlkreis East Renfrew verhaupdeten die Konservativen das Mandat mit 19 753 Stimmen. Der schottische Nationalist Brown erhielt 4818, der Kandidat Irwin von der Unabhängigen Arbeiterpartei 12 298 Stimmen. 1929 hatten die Konservativen 13 487 Stimmen erhalten, die Labour Party brachte es auf 16 024 Stimmen. Der Kandidat Irwin war die öffentliche Unterstützung der Exekutive der Labour Party verweigert worden, da sich Irwin geweigert hatte, eine Bona-fideserklärung für die Labour Party und zur Fraktionsdisziplin abzugeben.

Skandal um den Milchpreis.

Wie es zu der neuen Preiserhöhung um 2 Pfennig kam.

Seit dem Sommer h. J. betrug der Berliner Milchpreis im Kleinverkauf regelmäßig 30 Pf. Das kam daher, daß die Berliner Milchhändler mit den Milch nach Berlin liefernden Landwirten ein Abkommen geschlossen hatten, wöchentlich zusammenzutreten und in einer Kommission, in der abwechselnd Milchhandel und Landwirtschaft den Vorsitz führen soll, die Menge der in Berlin benötigten Milch und den von den Händlern zu zahlenden Milchpreis festzusetzen. Es sollte dadurch verhindert werden, daß eine Milchschwemme den Preis allzu stark drückt.

Infolgedessen sank auch nicht, wie in früheren Jahren, der Milchpreis vom September bis zum Frühjahr um 5 bis 9 Pf. je Liter, sondern er wurde auf einer Höhe von 30 Pf. gehalten.

Aus Anlaß der Preisabbauaktion erklärten sich die Milchhändler bereit, 1 Pf. von ihrer Verdienstsparnis abzulassen. Da der Butterpreis, der als Grundlage für die Festsetzung des Berliner Milchpreises dient, am 18. November von 1,37 auf 1,23 R. gesunken war, wurde in der Preisfestsetzungskommission, in der damals der Handel den Vorsitz führte, beschlossen, den Erzeugermilchpreis von 18 auf 17 Pf. zu senken. Der Kleinhandelspreis wurde, da der Handel auf 1 Pf. Verdienstsparnis verzichtet hatte, automatisch auf 28 Pf. ermäßigt.

In der eine Woche später stattfindenden Sitzung führte die Landwirtschaft den Vorsitz und es wurde beschlossen, da die Butter inzwischen auf ihren früheren Preis von 1,37 R.

gestiegen war, nicht etwa den Milchpreis auf der früheren Höhe von 18 Pf. festzusetzen, sondern die landwirtschaftlichen Vertreter schlen eine Verteuerung der Milch um 2 Pf. durch, so daß jetzt der Erzeugerpreis 19 Pf. beträgt und der Kleinhandelspreis 30 Pf.

Der Verzicht der Händler auf 1 Pf. Verdienstsparnis ist also nicht den Verbrauchern zugute gekommen, sondern die Landwirtschaft hat ohne Rücksicht auf die Konsumenten in Berlin den einen Pfennig je Liter in ihre Tasche gesteckt, d. h. in dieser Woche haben sich die Milch nach Berlin liefernden Landwirte 4,5 Millionen Mark ohne einen Strich Arbeit selbst zukommen lassen.

Ein feines Geschäft auf dem Rücken der Konsumenten.

Eine Unverschämtheit ist es aber, wenn behauptet wird, daß, je mehr man in den Winter kommt, die Milchpreise steigen müssen, daß also die letzte Erhöhung der Milchpreise durchaus gerechtfertigt ist. Sowohl 1928 wie 1929 sind die Milchpreise von September bis April gesunken und zwar im Jahre 1928 von 33 auf 28 Pf. und im Jahre 1929 von 34 auf 25 Pf. Es ist also eine Unwahrheit, wenn für die letzte Milchpreiserhöhung das saisonmäßige Ansteigen der Milchpreise verantwortlich gemacht wird.

Der Polizeipräsident hat in diesen Tagen einen besonderen Beamten mit der Beaufsichtigung des Preisabbaus beauftragt. Hier ist ein dankbares Feld für sein Wirken.

Frenzel abermals verurteilt.

Ein Jahr zwei Monate Zuchthaus. — Erneut verhaftet.

Am Montag, spät abends gegen 11 Uhr, verkündete nach fast dreitägiger Verhandlung Landgerichtsdirektor Dr. Hellwig unter atemloser Spannung folgendes Urteil:

Auf die Berufung des Angeklagten wird das Urteil des Potsdamer Schöffengerichts vom 31. Mai dahin abgeändert: Der Angeklagte wird wegen Blutschande in Tateinheit mit § 176 zu einer Zuchthausstrafe von 1 Jahr 2 Monaten kostenpflichtig verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt. Die erlittene Untersuchungshaft wird in vollem Umfange angerechnet. — Nach Verkündung des Urteils wurde Frenzel sofort verhaftet.

Im Potsdamer Landgericht hatten sich in den Nachmittagsstunden des Montags zahlreich Zuhörer eingefunden, die der Verkündung des Urteils beimohnen wollten und die in aufgeregter disputierender Gruppen auf den Korridoren und auch auf der Straße vor dem Gericht standen. Der Angeklagte Frenzel wartete bereits seit 9 Uhr morgens in Potsdam und erschien immer wieder zu den im Laufe des Tages nicht weniger als einmal angelegten verschiedenen Verkündungsterminen, um dann zu erfahren, daß das Gericht noch immer nicht mit der Beratung fertig sei. Die Entscheidung der Richter über diesen Prozeß, der zwei Monate lang die Öffentlichkeit beschäftigt hat, stand unter einem ungünstigen Stern. Nachdem die Berufsrichter und die Schöffen bereits am Sonntag sich verlammet hatten, um zu beraten, erkrankte einer der Berufsrichter an einem Jahngehwür und mußte sich am Montag operieren lassen. Der ärztliche Eingriff erforderte

längere Zeit, als man vorausgesehen hatte. Nur so ist es zu erklären, daß die Urteilsberatung die bisher noch kaum je dagewesene Refordzeit von 2 1/2 Tagen erreicht hat. Der Angeklagte Frenzel wurde von seinen Freunden und seinem Bruder begleitet, da der Angeklagte dessen Nerven durch das tagelange Warten auf den Richterspruch bis auf das äußerste angespannt waren, mehrmals die Festung zu verlassen drohte, wenn er erfährt, daß die Urteilsverkündung immer wieder hinausgeschoben wurde.

Die Begründung des obigen Urteils, das man in weiten Kreisen der Bevölkerung nicht verstehen wird, werden wir im heutigen „Abend“ bringen.

Phantasien eines Lehrlingens

Eine Parodie zum Frenzel-Prozeß.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg in Moabit war ein Feilwurmer angeklagt, sein Fehl eben erst 16 Jahre alles Lehrlingens wiederholt gefühlt und an ihr den Versuch einer unflüchtigen Handlung vorgenommen zu haben. Die Anklage war lediglich auf die Auslagen des Mädchens erhoben worden.

Während der klagende Vater des Mädchens in seiner Anzeige angegeben hatte, daß er eben wegen der Vorkommnisse — von denen er aber, ohne etwas zu unternehmen, schon vor 1 1/2 Jahren gehört hatte — das Mädchen aus der Lehrstelle genommen hatte, mußte er in der Verhandlung zugeben, daß dem Mädchen von ihrem Lehrherrn gekündigt worden war, weil er von dem Vater des Mädchens einen Brief erhielt, in welchem ihm Stiebesanträge gegenüber seinem

Lehrmädchen vorgeworfen wurden. Das als Zeugin vernommene Mädchen behauptete unter Eid, es sei alles ohne ihre Einwilligung geschehen. Aus den Auslagen der Ehefrau des Meisters, eines Gehilfen und eines Kunden ergab sich also, daß der Lehrherr mit seinen Lehrlingen sehr streng verfährt und auf ihr sittliches Wohl bedacht ist. Die Ehefrau des Meisters hat das Mädchen öfter zur Straßenbahn gebracht, wenn der Meister merkte, daß sie von irgendeinem älteren Herrn abgeholt werden sollte. Sehr interessant war nach der Bekundung der Ehefrau, daß einmal das Lehrlingens versucht hatte, sich einen Stichtabzug des Angeklagten fertigen zu lassen, in welchem er von einem Familienangehörigen auf dem Balkon seiner Wohnung im Pyjama fotografiert worden war. Als die Ehefrau des Meisters dahinterkam, hat sie dies verhindert. Auch das mußte das Mädchen zugeben. Trotz dieser Zeugenaussagen hielt der Staatsanwalt seine Anklage aufrecht und beantragte sogar Freiheitsstrafe. Demgegenüber wies der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Renz, auf die Parallele zum Frenzel-Prozeß hin und betonte, daß ein Meister, der in sein Lehrlingens verhebt, sich sicherlich ganz anders verhalten würde und sich nicht um das sittliche Wohl der Angeklagten bekümmere. Diesen Ausführungen schloß sich auch das Gericht an und sprach den Angeklagten frei.

Paris eine Insel.

Rings vom Hochwasser umgeben. — Ein Bahnhof geräumt.

Paris, 1. Dezember.

Die Seine hat in Paris heute morgen ihren höchsten Stand in diesem Jahre erreicht. Die See ist äußerst trüblich, so daß die zuständigen Behörden höchste Alarmbereitschaft angeordnet haben. In Paris ist in verschiedenen Elektrizitätsumformstationen das Wasser eingefestert. Der Invalidenbahnhof ist am Nachmittage geräumt worden. Der Bahnhof Orsay wird voraussichtlich morgen geräumt werden. 23 große Pumpen sind längs des linken Seineufers zwischen den Bahnhöfen Orsay und Austerlitz aufgestellt worden, von denen neun bereits Tag und Nacht in Betrieb sind. Außerhalb der Stadt gleicht die Landschaft teilweise einem einzigen See, aus dem nur einige Häuser und Bäume herausragen. Die Schnellzuglinie zwischen Paris und Moug führt durch überflutetes Gebiet. Das Wasser hat u. a. die Automobilstraße Paris—Rantes unbefahrbar gemacht.

Roheitsvergehen eines Bettlers.

Bearbeitet die Pförtnerfrau mit Fußritzen.

Mit einem ungewöhnlich rohen Menschen, einem Bettler, hatte das Pförtnergepaar P. aus der Wollschaffener Straße in einen heftigen Kampf zu bestehen.

Frau P. war mit Reinemachen auf der Treppe beschäftigt, als ein junger Mann an ihr vorüber kam. Auf ihre Frage, zu wem er wolle, antwortete er, daß er betteln wolle. Die Frau machte ihn darauf aufmerksam, daß das in dem Hause nicht erlaubt sei. Jetzt getiet der junge Mann in sinnlosen Jörn, verlegte der Frau einen Stoß, daß sie hinfiel, und bearbeitete sie mit Fußritzen gegen den Unterleib. Auf die Hilferufe kam der Chemann B. herbeigelaufen, den der Bettler mit den Worten „Komme her, du Strauch!“ ebenfalls anfiel. Mit einem schweren Gegenstand, wahrscheinlich einer kurzen Eisenstange, verlegte er dem Pförtner einen Hieb über den Kopf, so daß eine blutende Verletzung entstand. Der Pförtner raffte sich auf und lief unter Hilferufen auf die Straße. Passanten und Polizeibeamte verfolgten den Bettler, der jetzt zu fliehen versuchte und nahm ihn jetzt. Auf der Wache wurde er als ein aus Bayern gebürtiger 21 Jahre alter Durlin Hinderger festgestellt, der erst vor einigen Tagen nach Berlin gekommen ist und sich hier umhertrieb. Die Pförtnerfrau muß wegen der erlittenen Fußritzen das Bett hüten, der Chemann wurde im Krankenhaus verbunden.



Es kam die Pfingstzeit, warm und voller Sonne. Am Tage vor dem Fest räumten die Gesellen die Werkstatt sauber und tranken dann, als sie mit den Scheuerarbeiten fertig waren, ein achsel Faß Bier, das ihnen Ludwig spendiert hatte. Dazu kreiste die Schnapsflasche in der fröhlichen Runde.

Die Stimmung wurde lebhaft. Sie sahen auf den frisch geösten Habelbänken, sangen Gassenhauer, erzählten Schurrüren und ließen zwischendurch immer wieder mal ihren Meister hochleben.

Ein glückliche Ehe wünschten sie ihm. Denn heute, Pfingstamstag, hielt Ludwig Hochzeit.

Und weil das Bier bald alle war und der Schnaps auch, die Herren Gesellen jedoch noch merkwürdigen Durst verspürten, kamen sie auf den Einfall, den Meister mit einer Deputation zu beehren. Dazu war zunächst ein junstmäßiger Blumenstrauß vorzuden. Die Idee wurde freudig aufgegriffen.

Sandow holte vom nächsten Gemüsekrämer einige Pfund Zwiebeln, Möhren, Sellerietrollen, Lauch und Petersilie. Dieses Grünzeug wurde zu einem mächtigen Strauß gebunden und auf einen langen Stod gesteckt. Schön sah diese Tischlerblume nicht aus, aber junstmäßig, und das war die Hauptsache.

Sandow nagelte ein Stück Fournier an den Stod und schrieb darauf: „Unser Meister soll leben: hoch, hoch, hoch!“ Da keine Einigkeit darüber zu erzielen war, wer diesen Strauß zur Hochzeitstafel bringen sollte, beschlossen die vier, gemeinsam hinzugehen.

Im Gänsemarsch zogen sie über den Hof auf die Straße. Voran der Hauptpächtmacher, der einen Gehrock angezogen hatte, schief auf dem Kopf einen Zylinder schwang, aber trotz dem feierlichen Habitus ohne Schube und Strümpfe ging, die Hosen bis zum Knie aufgetrempelt.

Wie ein Lambourmajor seinen Potzstock, so hob er rhythmisch seinen Zwiebelstrauß und schlug den Takt zu dem lustigen Lied, das die Gesellen sangen.

Drei Blasmusikanten, die eben aus einem Hof herauskamen, sahen die sonderbare Maskerade und boten schnell ihre Dienste an. Mit großem Hallo wurden sie aufgenommen und setzten sich gravitätisch an die Spitze des Zuges. Sie bliesen, was aus dem gelben Blech herausging. War die Musik auch nicht gerade schön, so war sie doch lustig. Und vor allem, sie war laut. Das war der Zweck der Übung. Denn die Tischlergesellen waren der Meinung, wenn ihr Meister Hochzeit hielt, hätten sie ein Recht darauf, lustig und ausgelassen zu sein.

Bald sammelte sich ein großes Gefolge, das den sonderbaren Zug mit lautem Hallo begleitete. Sogar der patrouillierende Wachtmeister mußte lachen, als er die verdrehten Kerle sah. Doch er schritt nicht ein, sondern verdrückte sich in den nächsten Hausgang und tat so, als hätte er die Kolonne Krach gar nicht gesehen.

Schon von weitem hörten die Hochzeitgäste den Krach und kamen schließlich an die Fenster, um den tollen Aufmarsch zu sehen.

Vater Eisermann lachte, daß ihm die Tränen aus den ehrlichen Augen tollerten. Auch Ludwig konnte sich nicht mehr halten, als er das sonderbare Junstbanner und dessen Träger sah und lachte laut heraus. Auch die Stiefmutter und Ludwigs Geschnitter freuten sich. Marias Eltern, der Nachtwächter und seine Frau, konnten sich das Lachen ebenfalls nicht verhehlen. Nur Maria stand in ihrem wunderschönen Brautstaat gleich da wie der Tod und zupfte vor Empörung an ihrem langen Schleier, daß dieser beinahe zerriß. Ludwigs Stiefmutter nahm sie einen Augenblick zur Seite und sagte: „Bezahme dich, Mädchen! Es ist doch euer Hochzeitstag!“

Doch die Gesellen kümmerten sich um Marias schlechte Laune wenig. Sie führten ihren Fez zu Ende. Sandow rief: „Unser Meister soll in seiner Ehe glücklich werden, und die junge Frau soll nicht maulen, daß wir angezogen kommen!“

„Gut, Jungens, gut... gut...“ rief Vater Eisermann. Dann trat der barfüßige Zwiebelstraußträger vor und sagte einen humoristischen Spruch auf. Die Musik spielte einen Tusch.

Hi, glücklich war der Strauß abgeliefert und zierte die Mitte der Hochzeitstafel.

Die Ankömmlinge wurden nun reichlich bewirtet und rissen durch ihre frohe Laune die ganze Gesellschaft mit. Sogar Maria lachte mit, aber nicht von Herzen. Es schien

immer, als stünde zwischen ihr und ihrem Lachen eine gläserne Wand.

Sie hatte sich ihre Hochzeit anders gedacht gehabt, mit kirchlicher Trauung und dem ganzen Drumherum. Doch Ludwig, der nichts davon wissen wollte hatte gesagt: „Mädchen, sei nicht dumm. Wir können unser Geld besser anlegen als in Brautkutschchen und dem ganzen leeren Gepränge!“

Und darum freute er sich von Herzen, daß seine treuen Bier an seinem Ehrentage zu ihm gekommen waren.

Wie die meisten an der Tafel, war er schon ein wenig beschwippt, und darum, genau so wie sein alter Herr, weichherzig. Er zerfloß schier. Er umhalte die Biere, lud sie immer wieder zum Trinken ein und sagte in einem fort: „Meine brauen Bier, das werde ich euch nicht vergessen! Ihr habt eure Sache gut gemacht. Jawohl, gut gemacht!“

Er blieb den ganzen Nachmittage in ihrer Mitte und kümmerte sich nicht mehr viel um die andern, weder um seine junge Frau, noch um die Verwandten. Die versorgte inzwischen Vater Eisermann mit Lustigkeiten auf seine Art.

In Ludwig war schon längst der Geschäftsmann erwacht, der alle Sentimentalitäten in den Hintergrund drängt. Daher tat er auch seine Hochzeit mit einem einzigen Tag ab.

Er nahm sie sozusagen als ein notwendiges Übel, um verheiratet zu sein und Maria endlich zu besitzen.

In der Nähe hatte er sich eine kleine Wohnung gemietet. Maria gefielen die nüchternen Möbel nicht. Sie hatte sich die Wohnung ganz anders vorgestellt; als Meistersfrau hatte sie geglaubt, sich in Samt und Seide zu setzen. Schmolzend verzog sie die Lippen.

Ludwig sagte ihr aber mit aller Deutlichkeit, daß er sich bessere Möbel nicht leisten könne. Das Geschäft gehe vor.

Seine Argumente konnten sie zunächst nicht überzeugen. Er mußte seine ganze Beredsamkeit aufbieten, um ihren Widerstand in dieser Sache zu brechen.

Er merkte, daß sie sich in voller Absicht aufgeföhnt hatte. Doch das erste Worpstengeficht in dem geheimen Kampf um die Oberhand in der Ehe war für Maria verloren, und kurz darauf der Feindzug. Ludwig siegte auf der ganzen Linie. Für ihn gab es keine andere Lösung. Er war nicht mehr der schüchternen junge Mann, der auf jeden Wunsch seiner Angebeteten Rücksicht nahm. Sein Wille, als der stärkere, entschied. (Fortsetzung folgt.)

Keine Spur von dem Mörder.

Die Bluttat in der Treskowstraße. — Rätsel um die geheimnisvolle Geldanweisung.

Der Mord an der greisen Konfektbäcklerin Anna Matjzke, die am Sonnabend früh in ihrem Geschäft in der Treskowstraße erdroffelt aufgefunden wurde, konnte noch nicht aufgeklärt werden. Bisher sind sämtliche Ermittlungen ergebnislos verlaufen.

Man hat weder von dem Täter eine Spur entdecken können, noch irgendwelche anderen Anhaltspunkte gefunden. Die wenigen Schmuckstücke, die zunächst noch fehlten, sind bei einer nachmaligen Durchsichtung der Wohnung gefunden worden. Neuerdings taucht die Vermutung auf, daß der Täter den Betrag von 1,75 Mark auf dem Postamt C. 2 an sich selbst aufgegeben hat, um vielleicht nach der Befreiung der alten Frau auch noch ein Verbrechen an dem Geldbriefträger zu verüben. Andererseits kann es auch sein, daß der Mörder durch die Geldanweisung sein Opfer in Sicherheit wiegen wollte. Für die Aufklärung der geheimnisvollen Postanweisung wäre es von Wichtigkeit, wenn sich die Leute melden würden, die am vergangenen Donnerstag zwischen 14 und 15 Uhr am Schalter 5 des Postamtes C. 2 in der Spandauer Straße die Summen von 43,70 Mark, 11,25 Mark und 89,50 Mark eingezahlt haben. Unter Hinweis auf die ausgesetzte Belohnung von 1000 Mark werden die Mitteilungen hierüber an die Mordkommission erbeten.

Herunter mit den Mieten!

Große Kundgebung im Lehrervereinshaus.

Mit der Forderung „Senkt die Mieten“ wurde am Sonntag eine Kundgebung des Bundes Deutscher Mietervereine e. V. (Sitz Dresden) und des Neubau- mieterbundes Groß-Berlin e. V. im Lehrervereinshaus durchgeführt.

Verbandsvorsitzender Gramse eröffnete die Kundgebung. Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Mietervereine Herrmann erklärte, die Mieterschaft sei durch die Finanzpläne der Reichsregierung in schwerster Unruhe versetzt worden. Der in dem Plane enthaltene Abschnitt über Neuverteilung des Wohnungsbaus zeige in erschreckender Weise die Spuren des Reichsjustizministers Dr. Brodt von der Wirtschaft (Hausbesitzer) Partei. Falls die dort verlangten Grundzüge auf Aufhebung des Mieterschutzes auch nur annähernd Gehör erlangten, wären maßlose Mietersteigerungen die Folge. Die Reichsregierung befristet das Wohnungsmangelgesetz bis zum Jahre 1934 und das Reichsmieten- und Mieterschutzgesetz bis zum Jahre 1936. Woher sie die Hoffnung nimmt, daß bis dahin die Wohnungsnot behoben sei, bleibe ihr Geheimnis. Im Vorjahre sei bei der Beratung der Reichsrichtlinien für das „Wohnungsweesen“ von der Regierung festgestellt worden, daß jährlich 375 000 Wohnungen erbaut werden müßten, um innerhalb von 12 Jahren die schlimmste Not zu beseitigen. Mit großer Entschiedenheit wandte sich der Redner gegen die Herabsetzung der Mittel zum Wohnungsneubau um 400 Millionen. Arbeitslosigkeit in größtem Maße und Verwägung der Wohnungsnot seien die unausbleiblichen Folgen. Die vorgezeichneten Kleinwohnungen seien abzulehnen, da sie sonst nicht viel mehr als Gefängniszellen darstellen.

Der 1. Vorsitzende des Verbandes norddeutscher Mietervereine Stadtrat Rügler wies nach, daß eine Herabsetzung der Hauszinssteuer ohne gleichzeitige Senkung der Mieten erneut Mißhandlungen an den Haus- und Grundbesitz auf Kosten der Hypothekengläubiger, Sparer und Mieter bedeute. Dr. Fleißchmann vom Neubaumieterbund, Berlin, kritisierte die viel zu hohen Mieten der Neubauwohnungen.

In der Diskussion sprach Landtagsabgeordneter Jachert als Vertreter der Sozialdemokratie. Die Wohnungspolitik der Gewerkschaften vertrat Dr. Brodtschmidt. Nach der Diskussion wurden verschiedene Resolutionen im Sinne der Referate angenommen.

Helden der Arbeit.

Feierstunde des Arbeiterkultur-Kartells im Rundfunk.

Die Feierstunde, die das Arbeiter-Kulturkartell Berlin durch den Rundfunk den Helden der Arbeit widmete, war eine ernste und würdige Feier, die ihre Hörer mitgehen ließ und erschütterte. Gesang, Sprechchor und Rezitation wurden zu einer Dreieinheit, die von eigener Kulturgestaltung der Arbeiterschaft zeugte.

Mit dem Vorspruch von Kurt Kläber „Das ist der Arbeiter“, begann Albert Florath diese Heldenfeier. Der Lendvai-Chor unter Oskar Schumann sang Kurt Eisners Gesang der Völker und sich immer weiter, durch Rezitationen Floraths steigend, das „Lied der Arbeit“ von Brügger, den starken, gelpflichtig gepulverten „Tod im Schacht“ des im Weltkrieg gefallenen Arbeiterdichters Eggelle zu dem erschütternden Trauermarsch „Unsterbliche Opfer“, den der Lendvai-Chor zu Gehör brachte. Ihm folgte die Ansprache Felix Stöckingers, der die Arbeit und die Arbeiter in klugen und starken Worten schilderte. Er wandte sich dagegen, diese Arbeiterschaft materialistisch zu nennen, denn bei aller durch Krise und Arbeitslosigkeit verursachten Verzweiflung sei die treibende Idee zu spüren, den Arbeiter zum Mitgestalter der Arbeit zu machen in einer neuen Gesellschaft, die den Helden der Arbeit nicht nur Opfer auflegt, wie sie tagtäglich sollen. Dem Lendvai-Lied „Mir, Senfe, Mir“, von Bruno Schönlank folgte das Gedicht „Wertgemeinschaft“ von Christoph Wieprecht. Als stärkstes Erlebnis der Feierstunde brachte Floraths Sprechchor für proletarische Feierstunden „Das Lied der Kohlenhauer“ von Gerrit Engelke zu Gehör und bewies, wie erschütternd der Sprechchor im Rundfunk wirken kann.

Mit dem Thiemerchen kleinen Sprechchor „Unser die Sonne“, der zum Schluß noch einmal vom Lendvai-Chor aufgenommen wurde, schloß diese würdige Feierstunde.

Der Selbsthilfebund der Körperbehinderten hatte am Freitag zu einer Kundgebung in den „Clou“ aufgerufen. Schon eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung konnte man beobachten, wie körperlich schwer behinderte Menschen durch den stütenden Verkehr der Leipziger Straße ihren Weg bahnten. Ein Schutzaufgebot war um die in immer größerer Zahl eintreffenden Selbstfahrer bemüht. Der Riesensaal des Clou war bald gefüllt. Im Parkett waren die vielen Selbstfahrer aufgefahnen. Erstmalig war das Interesse, das die Behörden der Veranstaltung entgegenbrachten, denn es konnten Vertreter auch der sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsfraktionen, des Magistrats, der Bezirks- Wohlfahrts-, Jugend-, Arbeits- und Berufsämter begrüßt werden. Mit größter Aufmerksamkeit folgte das Publikum dem Vortrage des Bundesgeschäftsführers Malikowski. Von der Stellung der Körperbehinderten in der Gesellschaft in früherer Zeit ausgehend, wies der Vortragende auf die damalige Befürsorgung der Krüppel hin und legte dar, inwieweit sich die Befehle gebessert

Finanznot und Schule.

Spart nicht an falscher Stelle! — Schwere Gefahren für das Schulwesen.

Als vor wenigen Wochen das preussische Kabinett der Reichsregierung den Vorschlag unterbreitete, ein 8. Schuljahr einzuführen, ging ein starkes Aufsehen durch die Lehrerschaft der Volks- und Berufsschulen. Die ersteren glaubten jetzt einen Ausweg zu finden aus der Sackgasse, in der unsere Volksschule steht, die letzteren dagegen, in einem berufsorientierten Jahr eine grundlegende Umgestaltung der Berufsschularbeit zu erwarten. Was jahrelange, pädagogische Erörterungen nicht in Bewegung hatten setzen können, schied nun auf einmal durch die Wirtschaftsnöte der Zeit in greifbare Nähe gerückt. Es war schon immer so, daß die stärksten Antriebe für die Entwicklung und Umgestaltung im deutschen Schulwesen durch wirtschaftliche Faktoren bestimmt wurden. Es hat den Anschein, als sollten diese Hoffnungen auf eine großzügige Schulreform (organischer Aufbau von der Volksschule zur Berufsschule), veranlaßt durch Wirtschafts- und Finanznot, aber nicht so schnell verwirklicht werden; im Gegenteil, man sieht sich einer schweren Gefahr gegenübergestellt, die dem Schulwesen durch die zwangsläufig sich ergebenden Sparmaßnahmen der Städte droht. Soweit wir wissen, beschäftigt sich der Schulausschuß des Deutschen Städtetages eingehend mit dieser Frage und wird wohl demnächst seinen Mitgliedsstädten Richtlinien für die Durchführung eines Sparprogramms vorlegen. Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß die Städte auf Grund der immer weiter steigenden Belastung durch die Wirtschaft gezwungen sind, in anderen Ressorts zu starken Abstrichen zu kommen,

so gibt es eine Grenze, vor der auch der Spardiktator, der Staatskommissar halt machen muß.

Keiner wird dazu seine Hand bieten wollen, das Bildungsweesen unserer Schule zu senken.

Es mag berechtigt sein, organisatorische Maßnahmen zu ergreifen, die abtrocknende, nicht entwicklungsfähige Schulen verschwinden lassen, wie es pädagogischen Forderungen entspricht, ohne dabei Rücksicht zu nehmen auf die Möglichkeit weiterer Beschäftigung von Lehrpersonen. Es mag berechtigt sein zu prüfen, ob das Lebensalter, indem eine Erleichterung des Arbeitsmaßes durch Kürzung der Pflichtstundenzahl vorgenommen wird, herabgesetzt werden kann. Berührt werden muß aber, daß durch gewaltsame Zusammenlegung von Klassen und Heraufschraubung der Frequenz den im letzten Jahrzehnt in mühsamer Arbeit entwickelten Arbeitsunterricht unmöglich zu machen. Außerdem wird man jeder Schule die Mittel zur Verfügung stellen müssen, die einen geordneten Unterrichtsbetrieb und eine Weiterführung reformerischer Bestrebungen sichern.

Die Bedeutung der Berufsschule.

Es sind schon Kräfte am Werk, die da glauben, wir hätten auf einem Gebiete des Schulwesens, nämlich dem der Berufsschule, schon den Bogen überspannt und müßten nun mindestens in der Entwicklung halt machen oder gar abhauen. Gerade die Berufsschule als jüngster Zweig unseres Schulwesens bedarf einer ganz besonderen Berücksichtigung insofern, als sie die Bildungsstätte des größten Teils unserer Jugend darstellt, die nach der Entlassung aus der Volksschule kaum eine andere Fortbildungsmöglichkeit hat. Im Jahre 1926 ist die Beschulung der gesamten berufsschulpflichtigen Jugend durch Ortsstatut für Berlin durchgeführt worden und vom Oktober dieses Jahres ab sind auch sogar die Hausdächler und Hausangestellten eingeschult worden. Das für das Berufsschulwesen geplante Bauprogramm ist infolge der Finanznot der letzten Jahre nicht durchgeführt worden und der größte Teil unserer Berufsschulen, insgesamt sind es 61, muß sich mit abgetretenen alten Volksschulgebäuden behelfen. Eine große Anzahl von neuen Gebäuden sind errichtet worden für Volks- und höhere Schulen, aber nur ein einziges für die Berufsschule. Dabei beträgt die Schülerzahl zur Zeit 147 000 und wird in den nächsten zwei Jahren nur einen geringen Rückgang aufweisen, um dann wieder stärker anzusteigen. Es war möglich, in den ersten Jahren den städtischen Bedarf von rund 4 Millionen Mark auf 9 Millionen Mark zu steigern und daneben noch 3½ Millionen Mark auszuwenden für unsere höheren gewerblichen Fachschulen, die eine Tageslehrlingszahl von rund 2400 und eine Abendlehrlingszahl von 11 000 aufweisen.

Bessere Auslese für höhere Schulen!

Keiner wird ernsthaft daran denken, unserer erwerbstätigen Jugend Bildungsmöglichkeiten zu entziehen, viel eher geneigt sein zu prüfen, ob nicht an anderer Stelle Sparen zu einer Pflicht wird. Wenn wir berücksichtigen, daß in ganz Preußen nur etwa 5 Proz. der gesamten Schüler die höheren Schulen besuchen, in Berlin aber

haben, nicht zum wenigsten infolge Mitarbeit des SBR, forderte aber mit allem Nachdruck den Ausbau der Fürsorgeeinrichtungen, die den Körperbehinderten einen besseren Weg im Leben sichern. Vor allen Dingen sollen endlich die Kannparagraphen fallen und in RuHparagraphen umgewandelt werden. Darüber hinaus hat der künstlerische Teil des Abends einen besonderen Bezug für die meisten Körperbehinderten, die selten an solcher Freude teilhaben.

Geständiger Eisenbahnattentäter.

Auf den D-Zug Berlin—Stockholm wurde am 26. November d. J. zwischen Seehausen und Prenzlau ein Anschlag verübt. Der der Tat Verdächtige, ein gewisser E. Ladewig aus Berlin, hat bei den Vernehmungen vor der Staatsanwaltschaft Prenzlau seine Täterschaft zugegeben. Am 28. November ist L. durch den Oberstaatsanwalt in Prenzlau an den Tatort gebracht worden und hat dort sein Geständnis den Richtern gegenüber wiederholt, aber über das Motiv der Tat bisher keine Angaben gemacht. Es ist daraufhin L. Haftbefehl wegen Verbrechen gegen den § 315 StGB erlassen worden. L. befindet sich im Gerichtsgefängnis Prenzlau in Untersuchungshaft.

Stadtrat Genosse Dr. Grumach 65 Jahre alt. Auf ein reiches Leben von Arbeit im Dienste der Allgemeinheit sieht heute, an seinem 65. Geburtstag, der Stadtrat im Bezirk Friedrichshain, Genosse Dr. Grumach, zurück. Bereits vor dem Kriege hat er als Sozialist legendenreich gewirkt. Durch seine im Jahre 1922 erfolgte Wahl zum Stadtrat im Bezirk Friedrichshain war er berufen, mit an erster Stelle den Kampf gegen die vielen sozialen und gesundheitlichen Schäden im proletarischen Osten zu führen. Arbeitvermittlung und Arbeitsberatung, Sechswochenkassenfürsorge und Tuberkulosebekämpfung fanden in ihm einen unermüdlichen Förderer zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung des Bezirks. Einen unermüdeten Verdienst hat er sich aber durch die Schaffung der vom Bezirksamt Friedrichshain getragenen Tagesstätte für nachlässige Kinder geschaffen. Hervorragende ärztliche Wissenschaftler

25 Proz., also ein volles Viertel, in anderen Großstädten ein viel geringerer Prozentsatz, in Leipzig beispielsweise 10, dann darf man mit Recht von einer Inflation der höheren Schulen sprechen und ihr sicher einen Dienst damit tun, wenn man ihr alles fernhält, was dort als Ballast angesehen werden muß. Dabei wird man nicht etwa nur die Kinder, die auf Grund der sozialen Schulgeldstufung in höhere Schulen aufgenommen worden sind, sondern auch die nicht befähigten demittelten Kreise gleichzeitig zurückweisen müssen. Nur eine ganz verschärfte Auslese bei der Aufnahme und eine Begrenzung der Segen auf ein vernünftiges Maß wird die Sicherung, nur befähigte Schüler zuzulassen und allen anderen geeignete Bildungsmöglichkeiten in der Volks- und Berufsschule geben. Bei einer Einsparung von rund 60 Segen gegenüber dem Vorjahre würde allein an personellen Kosten einen Minderbedarf von 400 000 Mark ergeben. Durch geeignete Maßnahmen der Aufsichtsbehörde müssen Wege gesucht werden, auch die übrigen Klassen von nicht befähigten Schülern zu entlasten. Die Durchführung nach diesen Gesichtspunkten würde außerdem bei der Neuverteilung der Schulgelderhebung der Stadt einige Millionen ersparen. Volkswirtschaftlich ist es nicht zu verantworten, dem Zustrom zur Universität noch weiter anzuhebeln zu lassen, und die Arbeiterschaft hat kein Interesse daran, ein akademisches Proletariat gezüchtet zu sehen.

Man wird weiter daran denken können, schwache Klassen, namentlich auf der Oberstufe, zusammenzufügen, wenngleich verhärtet werden muß, daß gerade in den letzten Jahrgängen der höheren Schule eine Ueberspannung der Frequenz die Erreichung ihrer Ziele unmöglich macht.

Richtiger scheint der Weg zu sein, schwache Schulen entweder gänzlich abzubauen oder sie anderen anzugliedern.

Die Vorschläge der Schulverwaltung auf Abbau dreier höherer Lehranstalten bringt eine laufende Ersparnis von 160 000 M. und nur einmalige Mehrkosten von 40 000 M. Soll am öffentlichen Schulwesen gespart werden, dann wird man auch die Zuschüsse für die Privatschulen kürzen können, und namentlich bei denen, die unnötige Ausbildungseinrichtungen für Schüler geschaffen haben, die ohne Schwierigkeiten in städtischen Anstalten eine zumindest gleichwertige Ausbildung erhalten können.

Die Volksschule arbeitet unter einer relativ günstigen Durchschnittsfrequenz (rund 35 Kinder pro Klasse), die aber nur deswegen so günstig erscheint, weil die oberen Jahrgänge der Volksschule schwache Klassen aufweisen. Ohne die Schularbeit irgendwie zu gefährden, wird man schwache Klassen auflösen können, zugleich aber daran denken müssen, die Schülerzahl in den überfüllten Grundschulklassen herabzumindern. Mehr als 200 Klassen haben eine Schülerfrequenz von über 45. Es bleibt außerdem zu berücksichtigen, daß die Einschulung gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von rund 11 500 Kindern aufweist, so daß voraussichtlich mehr als 100 Klassen neu aufgemacht werden müssen. Will man in der Volksschule zur Einschränkung kommen, dann bleibt die Möglichkeit einer Kürzung der Wochenstundenzahl in den oberen Jahrgängen. Die ministeriellen Richtlinien sehen vor für das 5. Schuljahr 23 bis 30, für das 6., 7. und 8. Schuljahr 30 bis 32 Wochenstunden. Der Spielraum wurde gelassen, um nicht zu allzu großen Entstellungen von Junglehrern zu kommen. Eine Reduzierung der Wochenstunden, zu denen noch die Spielstunden hinzukommen, wird sogar vom pädagogischen Standpunkte aus als richtig angesehen werden müssen. Dadurch würde für Berlin eine Ersparnis von mehr als 600 000 M. eintreten. Weiterhin wird man ernstlich an eine Neubearbeitung des Lehrplans unserer Volksschule, in dem sich allzu sehr der Plan der höheren Schule widerspiegelt, denken müssen.

Es ist der Vorschlag gemacht worden, auch auf dem Gebiete der Stellenbesetzung zu einer Veränderung zu kommen. In der Regel entfielen auf jede Klasse eine wissenschaftliche Lehrerstelle und darüber hinaus wurden Stellen für technische Lehrkräfte errichtet. Zurzeit sind in Berlin rund 230 wissenschaftliche Stellen mehr als Klassen vorhanden. Man wird nur einen Teil, vielleicht 100, ruhen lassen, ohne damit die weiterzunehmende Anstellung von Hilfskräften auszuweichen. Eine solche Maßnahme würde allein eine Ersparnis von 300 000 M. bedeuten.

Zum Schluß sei noch einmal betont, daß jede Einschränkung, die eine Weiterführung unserer Reformbestrebungen, wie beispielsweise auf dem Gebiete des Arbeitsunterrichts, die keine hohe Frequenz zücht, unterbindet, unter allen Umständen verhindert werden muß. Die Volksschule ist nun einmal das Zentralstück unserer gesamten Volksschulbildung, und auch in Zeiten schwerster wirtschaftlicher Not wird man diese wichtigste Kulturarbeit nicht abhauen, sondern fördern müssen.

aus diesen Ländern, auch aus der Sowjetunion, haben dieses einzigartige Heim wiederholt besucht und dem Schöpfer des Heims Anerkennung und Dank gezollt.

Von der Lokomotive gerädert.

Unweit des Bahnhofes Grünau warf sich am Montagmorgen ein etwa 30jähriger Mann vor die Räder des Fernzugs Berlin—Kottbus. Dem Lebensmüden wurden der Kopf und die Beine vom Rumpf getrennt. Die polizeilichen Ermittlungen nach den Personalien des Toten sind bisher ergebnislos geblieben.

„Warum Kampf dem Alkohol?“

Die unter diesem Motto veranstaltete Ausstellung des Arbeiter-Abstinenz-Bundes in seiner Geschäftsstelle, Staliner Straße 6, zeigt in zahlreichen Tafeln und Modellen die Belastung, die uns in wirtschaftlicher, gesundheitlicher und sittlicher Beziehung aus dem Alkoholismus erwächst, und die sich besonders auch im politischen Leben auswirkt. Das zusammengearbeitete Material ist außerordentlich interessant und lehrreich. Leider kommt es in dem für solche Zwecke viel zu kleinen Raum nicht voll zur Geltung und leider tritt in den einzelnen Tafeln das Lehrhafte zu stark in den Vordergrund. Das beste Ausstellungsstück ist wohl die Geschäftsstelle selbst, die durch ihre Arbeit beweist, daß es auch ohne berauschende Getränke sehr gut geht! — Die Ausstellung wurde eröffnet mit einem Vortrage des Genossen Dr. med. S. Drucker, der die politische Bedeutung der Alkoholfrage in den Vordergrund stellte und zeigte, wie die Trinksitte der sozialistischen Bewegung Kämpfer entzweit und die Macht der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stützen hilft. — Die Ausstellung, die später durch die einzelnen Bezirke Berlins wandern soll, ist vorläufig werktätig von 7 bis 10 Uhr (19 bis 22 Uhr) bei freiem Eintritt geöffnet.

Das ideale Luxin Abführ-Konfekt

Tschechoslowakische Wirtschaftskrise

Auch dort Preisentwertungskämpfe. — Arbeitszeitverkürzung. — Kein Lohnabbau.

Prag, 29. November.

Wirtschaftsorgen drängen jetzt auch in der Tschechoslowakei politische und nationale Fragen zurück. Nach der Agrarkrise, mit welcher sich Regierung und Parlament hinreichend beschäftigt haben, ist die Industrie nun das Sorgenkind. Man will zwar die unglückliche Wirtschaftslage nicht Krise nennen und spricht lieber von Depression oder Stagnation. Tatsache ist aber, daß auch über die Tschechoslowakei, welche lange Zeit eine geringe Arbeitslosigkeit aufwies, nunmehr eine schwere Wirtschaftskrise mit allen ihren Folgeerscheinungen hereinzubrechen droht. Minister für soziale Fürsorge Dr. Cech (deutscher Sozialdemokrat) hat unlängst in seinem Exposé betont, daß sich nach der letzten offiziellen Statistik über 100 000 Personen vergeblich um Arbeit gemeldet haben, in Wirklichkeit aber 300 000 Personen erwerbslos seien, die Kurzarbeiter nicht eingerechnet. Diese Ziffer wird in den nächsten Monaten sehr anwachsen.

Die Situation in allen Industriezweigen verschlimmert sich täglich, und Ausichten auf baldige Besserung sind minimal.

Die Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei hängt gewiß mit der Weltwirtschaftskrise zusammen, auf ihr Entstehen haben aber auch innerpolitische Umstände mit eingewirkt. Eine kurzfristige, von Nationaldemokraten beeinflusste Handelspolitik hatte es zuwege gebracht, daß viele von den früheren Absatzgebieten verlorengegangen sind. Hohe Zollmauern, die zumeist aus währungsrechtlichen Gründen errichtet wurden, haben zahlreiche neue Fabriken in den Nachbarstaaten ins Leben gerufen. Diese Handelspolitik hat auch den Export der tschechoslowakischen Fabrikate nach Rußland unterbunden, weil es Herrn Rramarsch Berrai am russischen Gedanken zu sein scheint, in ein rechtlich festgelegtes Verhältnis zu den Sowjets zu treten. Große Schuld trifft aber auch die Agrarier, deren überpompige Schutzforderungen den Warenexport stark beeinträchtigen.

Der Handelsvertrag mit Ungarn ist zum 15. Dezember dieses Jahres getündigt, und die Haltung der Agrarier läßt einen Zollkrieg mit Ungarn befürchten. Obwohl Ungarn selbst Interesse daran hat, landwirtschaftliche Erzeugnisse in der Tschechoslowakei abzusetzen, wäre ein vertragloser Zustand ein schwerer Schlag insbesondere für die nach Ungarn exportierende Textilindustrie und würde über 20 000 Textilarbeiter brotlos machen.

Die agrarischen Wünsche zielen auf Verteuerung der Lebensmittel hin.

was im Widerspruch zur jetzigen allgemeinen Preisentwertungstendenz steht. Ernährungsminister Bedyne (tschechischer Sozialdemokrat), welcher eine Preisentwertungsaktion energisch betreibt, hat viele Schwierigkeiten zu überwinden. Seinem Bestreben, die Kleinhandelspreise den viel niedrigeren Großhandelspreisen anzupassen, stellen sich die Händlervereinigungen entgegen. Preisentwertend wirkt sogar der Staat selbst: das von einem Vertreter der Gewerkschaft geleitete Eisenbahnministerium will ab 1. Januar 1931 Perzententarie auf Eisenbahnen um 20 Proz. erhöhen!

In der Metallindustrie ist die Krise schleichend, akut ist sie schon in der Textilindustrie. Besonders trübsalig ist die Lage der Baumwoll- und Flachindustrie. Baumwollspinnereien

beabsichtigen ein Viertel der Spindeln stillzulegen und verhandeln mit Banken über Finanzierung ihrer Restriktion, wodurch wieder viele Arbeiter erwerbslos werden.

Die in letzter Zeit auch in der Tschechoslowakei mit Vorliebe behandelte Rationalisierung führt, wie selbst Finanzminister Engliš vor einigen Tagen zugeben mußte, zur sozialen Krise. Deshalb schlägt Engliš

Verkürzung der Arbeitszeit

vor. Auch Minister Dr. Cech kündigte die Arbeitszeitverkürzung als eine der Maßnahmen des Fürsorgeministeriums gegen die Arbeitslosigkeit an. Außerdem noch: Einschränkung der Leberzeitarbeit, Verlängerung der Schulpflicht, Umschulung der Arbeiter für andere Erwerbszweige und ähnliches. Die Regierung gedenkt die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auch durch Vornahme von Investitionsarbeiten (Bau von öffentlichen Gebäuden, Landstraßen, Wasserstraßen usw.), Beschaffung von billigerem Kredit für Industrie und Gewerbe, Garantiekredit für Exporte und dergleichen zu mildern. Sie wird vom Parlament ein Ermächtigungsgesetz verlangen, um 150 Millionen Tschechen zur Verringerung der Wirtschaftskrise verwenden zu können. Dabei sollen auch gewerkschaftliche Organisationen saniert werden, deren Kassen durch Arbeitslosenunterstützungen zu stark in Anspruch genommen worden sind.

Möge die Krise sich wie auch immer entwickeln, eine Lohnsenkung wäre in der Tschechoslowakei undurchführbar. Arbeiterlöhne und Bezüge öffentlicher und privater Angestellter sind so niedrig, daß man im Ausland nicht mit Unrecht von einem tschechoslowakischen Lohndumping spricht. Eine

Herabsetzung der Löhne, wie sie die Unternehmer nach deutschem Muster gerne sehen, würde große soziale Kämpfe entzünden.

Bielmehr wird es notwendig sein, an eine Hebung der überaus niedrigen Lebenshaltung der arbeitenden Klassen zu arbeiten und dabei einen Druck auf die kapitalistischen Kreise auszuüben, um sie von ihrer volksfeindlichen Politik abzubringen. Die Kaufkraft des Volkes ist sehr gering und sinkt immer mehr.

Die tschechoslowakische Wirtschaftskrise kann nur auf internationalen Wege gelöst werden. Die kleine Exterme als Wirtschaftseinheit erweist sich immer mehr als Utopie. Der im Sommer mit Rumänien abgeschlossene Handelsvertrag hat der Tschechoslowakei keine Vorteile gebracht. Einen Handelsvertrag mit Jugoslawien abzuschließen, ist infolge der großen wirtschaftlichen Gegensätze bisher nicht gelungen. Es bliebe also die von manchen Wirtschaftspolitikern empfohlene Schöpfung einer mitteleuropäischen Wirtschaftsunion, doch steht ein solcher Gedanke auf Widerstände politischer Natur. Insbesondere die Verhältnisse in Ungarn verhindern es, daß man sich ernsthaft damit befaßt. Nur nach dem völligen Sieg der Demokratie in den Nachbarstaaten und nach gänzlicher Bannung der von neuem drohenden monarchistischen Gefahr könnte die Durchführbarkeit dieses großen Planes der tschechoslowakischen Zukunftspolitik erwogen werden. Die Gegenwartspolitik erfordert aber sofortige Vorkehrungen zum Schutze der von der Wirtschaftskrise betroffenen Bevölkerungsschichten.

R. Illovy.

Nochmals Kohlenpreisentwertung!

Vorübergehende oder dauernde Regelung?

Vor einigen Tagen ist im Reichskohlenrat an dem vom Reichswirtschaftsministerium unterstützten Versuch der Ruhrindustriellen, die Kohlenpreisbildung der Kontrolle und Beeinflussung der Kohlenwirtschaftsorgane zu entziehen, Kritik geübt worden. Diese Kritik hat in der Unternehmerrunde eine gänzlich irreführende Darstellung gefunden.

Es ist niemandem eingefallen, der längst fällig gemessenen Kohlenpreisentwertung in letzter Stunde Schwierigkeiten zu bereiten. Die Arbeitervertreter und ein Teil der Verkaufsvorteiler haben vielmehr eine Nachprüfung darüber verlangt, ob die von den Sechsenbehörden in Aussicht genommene Preisentwertung im Ausmaß des Möglichen und das für die Marktbelegung Notwendige trifft. Dagegen haben sich die Unternehmer mit aller Hartnäckigkeit gestraubt und den Einwand erhoben, daß der Preisbeschuß vom Mai 1928, der dem Ruhrsyndikat in bezug auf die Preisfestsetzung eine gewisse Bewegungsfreiheit gab, nach wie vor gültig sei und das eigenwichtige Vorgehen des Syndikats rechtfertige.

Der Beschluß von 1928 aber war ein Preiserrhöhungsbeschluß. Wegen der Unübersichtlichkeit der Marktverhältnisse wurde seinerzeit dem Syndikat die Ermächtigung gegeben, seine Preise in dem Maße zu erhöhen, daß im Endergebnis eine Erhöhung des Durchschnittserlöses je Tonne um 1 M. herauskommt. Dieses Ergebnis ist auch erzielt worden, ja sogar mehr als das. Nunmehr handelte es sich darum, einen Preisentwertungsbeschuß festzusetzen, um in neuen gekenteten Preisen die ordnungsgemäße Form zu geben. Davon wollten jedoch die Unternehmer nichts wissen. Sie bestanden darauf, daß der Beschluß von 1928 unverändert in Kraft bleibe, um ihnen jederzeit die Möglichkeit zu geben, von sich aus mit den Preisen an die damals beschlossene Erlösgrenze wieder heranzugehen.

Damit hätte die angebliche „Vorleistung“ des Ruhrkohlen-Syndikats von vornherein einen Ausnahmeharakter als ein vorübergehendes Entgegenkommen gegenüber den augenblicklichen Preisentwertungsbestrebungen erhalten, während der 1928 unter ganz anderen Voraussetzungen beschlossene Erlösrahmen als Norm stabilisiert worden wäre.

Dieses Verlangen ist im Reichskohlenrat auf heftigsten Widerstand gestoßen. Die Stabilisierung einer um einen erheblichen Betrag höher liegenden Norm im Augenblick der Preisentwertung erschien den Arbeitnehmervertretern rechtlich unbillig und wirtschaftlich unverträglich zu sein. Sie hätten geradezu den weiteren Fortgang der gesamten Preisentwertungsaktion gefährdet; denn der Anschluß an das niedrigere Weltmarktpreisniveau muß für dauernd gewollt sein, sonst verliert die ganze Aktion ihren Sinn.

Schließlich ist, daß das Reichswirtschaftsministerium dazu beigetragen hat, diesen Sinn zu verwässern. Dem Reichskohlenrat, dessen Großer Ausschuß gemeinsam mit dem Reichskohlenverband am 12. Dezember wieder zusammentrat, verbleibt die Aufgabe, der Kohlenpreisentwertung die zuverlässigste Form zu geben, die den deutschen Kohlenverbraucher vor mono-

politischer Willkür schützt und dem Inlandskohlenmarkt die Benutzung wiedergibt, die ihm durch die wochenlang vorhergehende Ankündigung einer Preisentwertung leider genommen worden ist. Außerdem müssen die Preisfragen der übrigen Steinkohlenkonditate und der Braunkohle nunmehr ordnungsgemäß erledigt werden.

Dr. Berger, Bochum.

Türkische Finanzorgen.

Drückende Sorgen aus dem alten System.

Zwischen den Vorkriegsgläubigern der Türkei und der jetzigen türkischen Regierung ist ein erster Konflikt ausgebrochen. Zu dem am 25. November fälligen Zahlungstermin hatte die türkische Regierung eine volle Zahlung der Zinsen für Vorkriegsanleihen als unmöglich erklärt und den Gläubigern ein Drittel der Zinsen angeboten. Die internationalen Gläubigerschutzverbände haben daraufhin mit einer allgemeinen Kreditsperre für die Türkei gedroht.

Der türkische Botschafter in Berlin machte gestern zu diesem Konflikt nähere Ausführungen. Er erklärte, daß die Türkei unbedingt den Willen habe, ihre finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Die durch die schwere Krise ungemein verschärften finanziellen Schwierigkeiten machten jedoch eine volle Zinszahlung für die Vorkriegsanleihen zur Zeit unmöglich. Daher sei von der türkischen Regierung das Angebot auf ein Drittel der fälligen Zinsen erfolgt. Würde man der Türkei eine Anleihe gewähren, so würde sie Zeit gewinnen, ihre Finanzen zu zurechtzulegen.

Zu diesen Erklärungen des türkischen Botschafters ist noch hinzuzufügen, daß im Jahre 1928 das türkische Schuldenproblem in Paris geregelt worden ist, wobei die internationalen Gläubigerverbände der Türkei bereits erhebliche Zugeständnisse gemacht haben. Deutsche Finanzkreise sind an der Regelung dieser Frage sehr stark interessiert, da von den türkischen Vorkriegsanleihen etwa 30 Proz. in Deutschland untergebracht wurden.

Sicherlich wäre eine Anleihe wohl das geeignetste Mittel, die gegenwärtigen ersten Schwierigkeiten der türkischen Finanzen überwinden zu helfen. Für diese Anleihe werden jedoch von den Anleihegebern greifbare staatliche Sicherheiten gefordert. Wenn man auch verstehen kann, daß die türkische Republik im Hinblick auf die berückichtigten Staatspänder unter der Sultanherrschaft ihre Souveränität nicht preisgeben will, wird sie doch nicht um weitgehende Zugeständnisse herum kommen, wenn sie eine staatliche Anleihe im Ausland unterbringen will.

Die erste Molkereistatistik.

Von Januar bis Mai steigt die Milchlieferung um 40 Proz.

Am Zuge der Reorganisation der landwirtschaftlichen Absatz- und Genossenschaftsorganisationen wurde eine spezielle Molkereistatistik eingeführt, deren erste Ergebnisse (für Januar bis Juni 1930) jetzt für Preußen in der „Statistischen Korrespondenz“ veröffentlicht wurden. In 1101 preussischen, für die Entwicklung typischen Molkereien lag die höchste Milchlieferung mit 282 Millionen Liter im Mai gegen nur 200 Millionen Liter im Januar; das entspricht einer Steigerung um 40 Proz. Ostpreußen, Schleswig-

Holstein, Hannover und Westfalen, die nur „Weideprovinzen“ genannt werden, erreichten eine mehr als 100prozentige Steigerung der Januar-Lieferung.

Die in den Molkereien verarbeiteten Milchmengen stiegen mit 203 Millionen Liter bis Mai im Gesamtdurchschnitt um 56 Proz., während der Absatz von Frischmilch von Januar bis Juni von 70 auf 86 Millionen Liter oder um 26 Proz. anstieg. Das heißt, daß die Butter- und Käseherstellung von Januar bis Juni schneller wuchs als der Frischmilchverbrauch.

Das Brot und seine Preise.

Wichtige amtliche Untersuchungen. — Die Bäckerspanne seit Jahren im Steigen.

Die Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marketing unter der Leitung von Reichskommissar Dr. Waade veröffentlicht jetzt die Untersuchungen, die den Preisabbauphase Verhandlungen beim Brot zugrunde liegen („Die Preisgestaltung auf dem Brotmarkt“ von Alois Brinmeyer, Sonderheft 31 der „Berichte über Landwirtschaft“, Verlag Paul Parey, Berlin SW 11, 63 Druckseiten 2,80 M.). Die Arbeit bringt unter anderem eine eingehende Untersuchung der Preis- und Kostenentwicklung für Brot und Kleingebäck von 1925 bis zum Sommer 1930. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß der Anteil der Bäckerspanne Mehl-Brot am Brot- und Gebäckpreis seit 1926 erheblich wuchs, besonders auffällig dann, wenn die Mehlpreise stark stiegen. Hier sind offenbar die Brot- und Gebäckpreise über die Kosten hinaus erhöht.

Nach auffallender aber sind die Unterschiede in den Brotverdienstspannen von Ort zu Ort. Sie sind in manchen Städten doppelt so hoch wie in vergleichbaren anderen, während die wirklichen Kosten nur geringe Unterschiede in den Spannen rechtfertigen! Solche erheblichen Verdienstunterschiede sind möglich, weil auf dem Brotmarkt für den Konsumenten eine wirkliche Preisübersicht fehlt und weil die vielfach befolgte Richtpreise der Innungen und Verbände auf die schwächeren Produzenten Rücksicht nehmen. Systematische Unterziehung der Käuferschaft und Offenheit über die wirklichen Preisverhältnisse wäre dringend notwendig. Es werden auch Vorschläge gemacht:

Das Ausmaß der Preisentwertungen durch Abbau der Gewinnspannen müßte nach den Feststellungen der Reichsforschungsstelle von Ort zu Ort verschieden sein, im Durchschnitt aber 8 bis 10 Proz. erreichen. Darüber hinaus ist eine weitere Verbilligung der Brotproduktion dadurch möglich, daß die Vorteile des Großbetriebes im Einkauf und in der Fabrikation nach Möglichkeiten mit den niedrigen Verteilungskosten des kleinen Kleinbetriebes in Form von Bäckervereinigungen, Genossenschaften kombiniert werden, wie es in dänischen Städten schon vielfach mit Erfolg durchgeführt ist. Die Konkurrenz der erfolgreichen Großbetriebe genossenschaftlicher und privater Art ermöglicht dann eine weitere Verbilligung des Brotes um wenigstens 10 Prozent.

Brauereien schwimmen im Gelde —

aber die Biersteuer wird auf den Konsumenten abgewälzt.

Der Bierkonsum ist infolge der Arbeitslosigkeit im letzten Jahr um fast 20 Proz. zurückgegangen. Während ein derartiger Umsatzzugang sich bei jeder anderen Industrie in einer Verringerung der Gewinne auswirken würde, haben die Brauereien hiervon nicht das geringste zu spüren bekommen.

An der Spitze der hohen Gewinnabläufe marschiert wie gewöhnlich wieder das Berliner Braukapital, wobei der Auld-Konzern mit einer Ausbeute von 14 Proz. alle Rekorde geschlagen hat. Wenn unter diesen Verhältnissen das Berliner Brauerkapital nichts Geringeres zu tun hat, als die neue Gemeindebiersteuer 100prozentig auf die Konsumenten abzuwälzen, so ist dies eine glatte Herausforderung. Schon bei der letzten Steuererhöhung des Reiches ist das feststehende Bier von 38 auf 42,10 Mark heraufgesetzt worden und wird nunmehr auf 44,85 Mark erhöht. Bei den riesigen Ersparnissen durch die Preisrevolution bei den Rohstoffen und durch die Rationalisierung der Betriebe wäre es den Brauereien durchaus möglich gewesen, die jetzige Steuererhöhung der Gemeinden auf ihre eigene Kasse zu nehmen.

Konkurse im November. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts wurden im November 1930 durch den „Reichsanzeiger“ 839 neue Konkurse und 467 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für Oktober 1930 waren 843 und 480.



Trikot-Überschuh, warm gefüllt mit Samtkragen

SCHUHHOF

Unkstr. 11 • Wilmersdorferstr. 117 • Turmstr. 45
Müllersstr. 143 • Spandau, Berlin NW 62

Alexander v. Sacher-Masoch: Eine Begegnung

Hier bog sich der Weg dem nahen Dorfe zu und in der Wegschleife stand Krummbeln, die Nase vorsichtig zwischen zwei Gräsern hervorstreckend. Er leuchtete ein wenig von der heißen Sonne, die tropfende Jungfrau hing ihm aus dem Rauf. Drei Schritte weiter schimmerte der weiße Staub der Landstraße, kaum beschattet vom schütterten Laubwerk der Nadeln, die an ihrem Rand entlang standen. Drüben lag Radfersburg, das mittelalterliche Städtchen, und dahinter kam die jugoslawische Grenze. Krummbeln hielt gerade Raft hier, denn er hatte einen langen Weg hinter sich. Immer mußte er vorwärts laufen, nachts riß ihm der Abenteuertrieb die Nase hoch, so daß er aus dem Schlafe taumelte, eine Straße weiter rannte, bis ihm dann wieder vor Müdigkeit die Augen zufielen.

Off schloß er auf der Landstraße und lag eingerollt wie ein Paket Wolle in der Mitte. Denn er verachtete es, verfiel unter Büschen oder hinter verfallenen Zaunrändern zu ruhen. Mitunter kam es vor, daß er mitten aus süßesten Träumen hochgewarft wurde durch jene Urkraft, die ihm selbst unbewußt, in ihm ruhte, — eine Sekunde, ehe ihn der Huf eines Pferdes und einen Atemzug, ehe ihn ein Regenrad erreicht hatte. Er entwickelte dabei eine Schnelligkeit, über die er selbst am meisten erstaunt war, überlegte sich einige Male und kollerte in den Graben oder schlug mit der Nase gegen einen Zaunpfosten, jetzt erst vollends erwachend. Und bestellte dem Gefährt, das immer kleiner werdend, in die unbekannte Ferne hinstarolle, während und mit gestäubten Haaren nach.

Ein empfindliches Riechorgan, wachsame Ohren, spitze Zähne, kräftige Kinnladen und — zwar krumme — aber sehnige Beine waren gute Weggenossen. Nicht zu vergessen die unentwegte Rute, ein wahres perpetuum mobile.

Drüben, in der entgegengesetzten Richtung des Städtchens, lag die Sonne wie eine rostrote Kugel bereits tief über der Landstraße. Aber es war noch keine Kühle zu spüren. Hier schob sich etwas zwischen Krummbeln und die Sonne, wurde größer und näherte sich zusehends. Fremde Witterung von durchweichten Stiefelsohlen und insonderlich klebend kam erst ganz jart, dann stärker von der Landstraße. Krummbeln, der nicht gut auf die Menschen zu sprechen war, zog sich ein wenig hinter die dichten Gräser zurück und beschloß, diese Fremdheit an sich vorüberziehen zu lassen, ohne sein Intelligenz zu lüften.

Eule, der Landstreicher, war jedoch, ohne von Krummbelns Dasein oder von Krummbelns Welt etwas zu ahnen, gerade zu dem Entschluß gekommen, zu raften. Nachts hatte es geregnet und Eule fand nur notdürftigen Unterschlupf in einer Scheune auf freiem Feld. Daher rasen seine ungegerbten Lederstiefel so fort, daß Krummbelns Fell sich verächtlich sträubte. Dennoch war es irgendwie eine originelle Witterung, denn Eule roch außer noch ungegerbtem Leder auch noch nach schwerem Tabak, nach harter Käse, nach Zwiebeln und nach Armut. Halt, ich habe noch etwas vergessen; nach Schnaps roch er auch noch. Nun hatte Krummbeln selbst noch nie Schnaps getostet, oder er mied die Leute dieser Berufsart, denn er wußte, daß sie launisch waren und abern. Wiesen war er zu unruhiger Stunde über den Weg gelaufen, und viele Tritte hatte er empfangen. Krummbeln verhielt sich also ganz still hinter den Gräsern. Eule hingegen stellte die schwabbeligen Beinbewegungen ein, mit deren Hilfe er sich fortbewegte, nahm seinen Hut ab, hängte seinen Rock an den niederen Ast einer Nadel und setzte sich auf den erhöhten Grabenrand, gegenüber von Krummbelns Versteck. Jetzt entledigte er sich seiner Stiefel, was Krummbeln mit unvorhergesehenem Mißtrauen beobachtet, und stellte sie neben sich auf. Die Stiefel waren langschäftig und blieben ohne weiteres stehen, so hart waren sie durch die Feuchtigkeit der Nacht geworden. Er wickelte die arg mitgenommenen Fußlappen ab, worauf neun knollige, in verschiedene Windrichtungen zerbrochene Fäden von fragwürdiger Sauberkeit sichtbar wurden. Die zehnte fehlte. Eule hatte sie gelegentlich einer schweren Fußheilung einmal mit einem Taschenmesser entfernt, denn er war kein Freund der Nägele.

Eule lauchte leise vor sich hin, denn seine Füße schmerzten sehr, und er hatte sich seit Tagen nur mangelhaft zu ernähren vermocht. Er zog ein kleines Paket mit Würstchen und Specksworten aus der Tasche, das er nach gestirnt von einem Schläger am Gottesstohle eingehandelt hatte. So geföh es, daß Krummbeln plötzlich phantastisch schöne Witterung bekam. Seine Nase hob sich und schnupperte voll Begeisterung in Eules Richtung, er redte den Hals vor und bei dieser Gelegenheit stolperte er über seine krummen Beine und fiel nach vorn. Allerdings sprang er gleich wieder zurück. Aber Eules scharfe Landstreicheraugen hatten bereits eine feuchte Schnauze, spitze, hochgestellte Ohren und zwei zwischen struppigen Haaren halbverborgene, lohschwarze, blinnde Augenlein bemerkt. Und er errötete gleich, daß Krummbeln nicht gern gesehen sein wollte. Er hielt Krummbeln für einen entlaufenen Dorfclerk aus der Umgegend, einen jener lauten, widerspenstigen und gefährlichen Hüter der Rechte und des Eigentums ihrer Sklavenhöfe, kurz, für ein Wesen, das er fürchten und verachten gelernt hatte. Und so beschloß er, Würstchen und Specksworten nach boerdeter Mühseligkeit lieber wieder einzupacken und mitzunehmen, ehe er sie dem Feind überließ.

Krummbeln sah in Eule einen jener ewig mißgelaunten, prügel- und trübsüchtigen Hungerleider, mit deren Stößen er mehr als einmal unliebome Belohnung gemacht hatte. Er empfand echten, biden Haß gegen ihn, der kaum durch den Duft der erwählten Würstchen gemildert werden konnte. So sah er sich nun gegenüber, ohne daß Krummbeln ahnte, daß Eule über seine Gefizienz informiert war und ohne daß Eule wußte, daß er sich in Krummbeln geläufig hatte, der ein Landstreicher war, so gut wie er selbst.

Inzwischen hatte Eule seine Mahlzeit, langsam und geräuschlos foudend, beendet, wickelte die übriggebliebenen Würstchen und Reste wieder in das Papier und steckte das Paket in die Tasche. Das tat er, nicht ohne unter seinen buschigen Augenbrauen schadenfroh und verstoffelt zu den Gräsern hinüberzuschiefen, die Krummbeln verdeckten.

Nichts weiter wäre gefehden, und diese Begegnung wäre bedeutungslos verlaufen, wenn Eule zu sich selbst mit Recht hätte sagen können: Du bist jetzt satt, ruhe also und verdane. Nun er konnte sich jedoch Eule zu solch infamer Lüge entschließen. Dann er mußte behauptend feststellen, daß jenes umfangreiche Loch, das durch die Fastenkur der letzten Tage in seiner Leibesmitte entstanden war, fast noch ebenso leer gähnte, wie vorher. Die Würstchengeschichte hatte wenig geholfen. Er spähte also in alle möglichen Richtungen umher, und richtig entdeckte er in geringer Entfernung einen Kartoffelacker, dessen vertrocknete Stauden in seinem Herzen süße Perspektiven wachriefen. Er fackelte nicht lange, sondern verschwand im nächsten Augenblick in die Richtung des Ackers und aus Krummbelns Ge-

sichtsfeld, um wenige Minuten später mit einem Hutvoll verlässden großer, brauner Knollen zurückzukehren. Nichts hatte sich geregelt. Die Gegend schien verlassen.

Die Gegend schien verlassen, aber sie war es nicht. Denn Jost Bits, der Besitzer des Kartoffelackers, hatte sich gerade an diesem Morgen aufgemacht, um nachzusehen, wie weit die Ernte nun in Gottes Namen gediehen sei. Und Jost tauchte gerade in dem Augenblick auf der einen Seite des Ackers auf, als Eule ihn auf der anderen verließ, nicht ohne noch schnell gewisse Schlüsse zu ziehen. Beim Näherkommen sah er nun auch deutlich die Spuren von Eules Wirksamkeit, denn ein Haufen ausgerissener Stauden und das gelockerte Erdreich zeigten ihm deutlich, worum es hier gegangen war. Jost war ein stämmiger, sternerdiger Kerl von hohem Statur und sein Kopf wurde gleich puterrot vor Jorn.

„Bischkerl, elender!“ knurrte er mit geballten Fäusten und näherte sich langsam von hinten dem Landstreicher.

Eule sah nichtsahnend im Graben, hatte mit Blitzschnelle bereits ein Feuerchen entzündet, schürte und deckte es gegen den Wind, sammelte altes trockenes Holz, das er in greifbarer Nähe entdecken konnte und säumte gerade das Feuer mit einem Kartoffelkreis ein, behaglich und entschlossen, sich durch nichts in der Welt in dieser Beschäftigung stören zu lassen. Er achtete darauf, daß der Kreis ein vollkommener Kreis wurde, wie ein Künstler, der ein Rosaibild auslegt. Krummbeln hatte er inzwischen vergessen, aber Krummbeln befand sich noch immer hinter den Gräsern. Und das war gut so, denn als Jost Bits, der geräuschlos wie ein Indianer hinter Eules Rücken aufgetaucht war, die breite Brante erhob, um den Kartoffelack beim Rodfragen zu erwischen, vollzog sich in Krummbelns Wogen eine seltsame Wandlung. Nüchlich empfand er mit voller Gewißheit, daß Eule ein ihm verwandtes Wesen war, verbunden mit ihm durch das geheimnisvolle Band der Landstraße. Sicher dachte er in diesem Moment nicht an die Würstchen. Er fuhr wie ein zottiger Teufel aus seinem Versteck heroor und stieß ein wütendes Gebell aus, Jost Bits in die Seite heißend. Durch diese Lat wurde Eule rechtzeitig und in der letzten Sekunde der drohenden Gefahr entrißen. Denn Eule sprang mit einem Satz über das Feuer und über den Kartoffelkreis, noch im Springen Hut und Jacke ergreifend, warf einen flüchtigen Blick über die Schulter

Wilhelm Tietgens: Der abtrünnige Arbeiterstudent Eine Entgegnung

In der 4. Beilage der letzten Sonntagsausgabe veröffentlichte Genosse Dr. Otto Friedländer eine längere Untersuchung über „Trübungen des Klassenbewußtseins“. In dem sehr instruktiven Beitrag kommt er auch auf die Erscheinung der Volksgemeinschaftsideologie zu sprechen und zeigt sie in ihrer Auswirkung. Es heißt hier: „Der vom Kleinbürgertum zum Proletariat nur langsam Vorstößende bringt die Reste solcher Ideologien noch mit. Der im Kleinbürgertum affiliierte Proletarier verfallt ihnen allzu leicht. Beispiel: jene ersten Arbeiterstudenten, die glaubten, den Klassenkampf durchs Abitur zu überwinden und ihren individuellen Aufstieg mit dem Aufstieg ihrer Klasse verwechselten.“

Ueber die Darstellung der Volksgemeinschaftsideologie soll hier nichts gesagt werden. Es muß aber verwundern, mit welcher Beharrlichkeit der Arbeiterstudent ab und zu immer wieder als Abtrünniger hingestellt wird, auch von Genossen, von denen man ein besseres Wissen um die Dinge erwarten darf. Welche ersten Arbeiterstudenten haben jemals geglaubt, durch ihr Abitur den Klassenkampf überwinden zu können? Der Gedanke ist so lächerlich, daß es sich kaum lohnt, darauf zu antworten. Kein Sozialist, der Abstinent wird, hält durch diesen Schritt den Klassenkampf für überwunden. Kein Sozialist, der eine soziologische Untersuchung veröffentlicht, glaubt damit den Klassenkampf zu überwinden. Jeder ist aber überzeugt, daß durch seine Arbeit und durch seine Handlungsweise dem Tageskampf der Arbeiterbewegung gedient und damit auch zu einem geringen Teil dem Endziel zugestrebt ist. Das glauben auch die Arbeiterstudenten für ihren Weg und für ihre Arbeit sagen zu dürfen.

Genosse Dr. Friedländer hat als ehemaliger Vorsitzender der Sozialistischen Studentenschaft das Wollen und die Erfolge der Arbeiterstudenten beobachten können. Er wird aber auch die vielen Schwierigkeiten kennen gelernt haben, die ihnen immer wieder aus einem abhergebrachten und unberechtigten Mißtrauen erwachsen. Trotzdem den oben zitierten Satz als hervorgezerrtes Beispiel zu schreiben, heißt den Arbeiterstudenten erneut Schwierigkeiten machen. Nirgends finden sich Beispiele, daß der Arbeiterstudent in besonderem Maße der Volksgemeinschaftsideologie verfallt oder sonstige überheblich oder abtrünnig wird. Er ist ein klassenkämpfer und Sozialist wie die vielen anderen im Heer des organisierten Proletariats und wird als solcher seinen Weg gehen.

Darauf antwortet Genosse Friedländer:

Dem Genossen Tietgens bin ich dankbar dafür, daß er mit Anlaß gibt, ein Mißverständnis, mit dem ich beim Niederschreiben des von ihm bearbeiteten Satzes kaum glauben zu müssen, in wenigen Worten aufzuklären. Wenn ich von „jenen ersten Arbeiterstudenten“ sprach, so halte ich gewißlich nicht die ersten Arbeiterstudenten insgesamt im Auge, sondern eben gerade jene, deren offensichtliche Fehlleistungen mir in Erinnerung geblieben sind. Beispiels halber möchte ich die Tatsache anführen, daß, als vor Jahren die Berliner, sozialistische Studentengruppe sich gegen die Aufrechterhaltung einer studentischen Ehrenordnung prinzipiell wandte und jegliches Eintreten für eine Reform dieses veralteten Privilegs ablehnte, nur einer opponierte, und zum Erlaufen aller — ein Arbeiterstudent. Ich gebe gern zu, daß es völlig verfehlt wäre, diesen und einige ähnlich gelagerte Fälle zu verallgemeinern, und daß meine Äußerung, aus dem Gesamtzusammenhang herausgerissen, anders wirken kann, als es von mir beabsichtigt war. Gerade unsere Arbeiterstudenten werden, soweit sie mit dem „Bund der Freunde sozialdemokratischer Studierender“ und dem „Verein für Volkstudienheim“ Organisationen, die eigens dazu gegründet wurden, dem Arbeiterstudenten die Gefahr jeglicher Isolierung fernzuhalten, zu tun haben, und soweit sie vielleicht auch die Möglichkeit hatten, gewisse Bemühungen bei behördlichen Stellen zu verfolgen, die darauf abzielten, ihr Los

zurück, ergriff seine Stiefel und gab Jersengelb. Jost Bits, immer noch dunkelrot vor Jorn, hätte sich nun gern an Eules Verfolgung gemacht, aber das ging nicht, denn Krummbeln lag ihm in der Flanke. Zu allem Uebel hatte Jost keinen Stock bei sich. Er versuchte Krummbeln durch wildes Brüllen und Flüchen zu verschrecken, aber der kleine Landstreicher ließ sich nicht einschüchtern. Er umsprang und umtanzte Jost mit gestäubtem Fell und wenn er von Zeit zu Zeit unermüdet und schnell wie der Riß losfuhr, hatte er stets ein Stück von Josts Hofe zwischen den Zähnen. Die Begegnung flog im wahren Sinne des Wortes, ohne daß Jost den Hund auch nur mit einem Finger berühren konnte. Was blieb ihm übrig? Wütend, aber mit arg mitgenommener Kleidung trat Jost den Rückzug an. Krummbeln verfolgte ihn noch eine Strecke weit und hielt erst inne, nachdem Jost hinter den Maulbeerbäumen des jenseitigen Ackers verschwunden war. Jost drehte sich noch ein paar Mal um und drohte mit der Faust, was Krummbeln mit höhnischem Schweißwedeln beantwortete. Er hustete und knurrte noch ein wenig und trabte dann auf seiner eigenen Fährte bis zur Landstraße zurück. Hier legte er sich neben Eules Feuerchen in den Graben, jeder Jost ein Sieger. Eule hatte das Ganze, hinter dem breiten Stamm einer Nadel hervorjähdend, miterteilt. Er grinste vor Vergnügen, als er Josts schmähliche Niederlage gemachte, und näherte sich jetzt mit dem Wurstpate. Krummbeln spitzte die Ohren und schien nicht abgeneigt, zu verhandeln. Eule stößte in den zärtlichsten Tönen, öffnete das Papier und schob die Würstchen vorsichtig vor Krummbelns Nase. Krummbeln verfiel das Ganze mit erstaunlicher Geschwindigkeit.

Die Kartoffeln waren inzwischen gar geworden. Da Eule es jedoch für ratsamer hielt, die Gegend zu wechseln, packte er die gerösteten Knollen in seinen Hut, hob die Nase gegen den Wind, entschloß sich, über die jugoslawische Grenze zu gehen, dachte an ferne, nie gesehene Dörfer, vergaß Krummbeln und das vergangene Abenteuer und ging los, mit schwabbeligen, ungleichen Schritten, die Stiefel immer noch unter den Arm geklemmt. Die Türme von Radfersburg kamen näher und ganz hinten, am Ende der Nadelallee, verbreitete sich das Licht einer unwirklich, zitronengelben Dämmerung. Schwanfend, mit laugen, mageren Gliedmaßen bewegte sich die immer kleiner werdende Gestalt des Landstreichers der Ferne zu.

Und Eule ahnte in diesem Augenblick nicht, daß hinter ihm in einer Entfernung von etwa fünfzig Metern vier krumme, behaarte, aber sehnige Beine sich soeben entschieden hatten, seinen Spuren zu folgen, fürs Leben.

erträglich zu gestalten, genau wissen, daß sie in dem Verfasser des Aufsatzes alles andere denn ihren Gegner zu erblicken haben. Wenn es dafür noch eines Beweises bedürfte, so sei auf die in meiner Broschüre „Die Hochschule im Volksstaat“ zur Arbeiterstudentenfrage gemachten Ausführungen hingewiesen. Es heißt dort nämlich: „Soll der Volksstaat mehr sein als eine leere Form, soll er mit wirklichem Gehalt erfüllt, lebendig und zukunftsträchtig gemacht werden, so steht die Frage der Arbeiterstudenten im Vordergrund.“ In diesem Sinne hoffe ich, den Genossen Tietgens auch fernerhin davon überzeugen zu können, daß wir in der Forderung nach einer ausreichenden Hilfe für unsere Arbeiterstudenten und nach einer gründlichen politischen Diskussion über ihre Probleme völlig einig geben.

Dr. Blumenthal: Der Lehrers als Lebensperson Schüler unterrichten sich selbst

Die moderne Schule hat den Begriff des Arbeitsunterrichts geschaffen. Nicht Einprägen und Wiederabfragen von Wissensstoff ist Ziel und Zweck des Unterrichts. Sondern erstrebt werden soll die Lust und die Fähigkeit zur Arbeit überhaupt, zur schöpferischen Tätigkeit, die wenigstens in ihren Grundzügen dem jungen Menschen zum Erlebnis werden soll. Verschiedene Wege führen an diese unwahrscheinliche Methode heran, und es ist der Persönlichkeit des Lehrers überlassen, hier richtunggebend zu sein. Zunächst verändert sich das äußere Bild der Unterrichtsstunde. Der Lehrer thront nicht mehr auf dem überflüssig gewordenen Katheder. Er sitzt mitten unter der Schülerschar, als einer von vielen Gefährten, aber doch unmerklich leitend, dämpfend und anfeuernd, immer das Ziel der Stunde vor Augen. Das notwendige Handwerkszeug, die Kenntnis des „Ausgegebenen“, d. h. des Stoffes, den die Klassengemeinschaft sich selbst zur Aneignung für die nächste Stunde bestimmt hat, weisen die Schüler sich jetzt selbst untereinander vor: einer aus ihrer Mitte übernimmt es, seine Kameraden abzuhören, er füllt also hier den Platz aus, den früher der Lehrer während eines gewichtigen Teils der Stunde als gestrenger Prüfer einnahm. Jetzt ist an Stelle angster Paukerei der sportliche, freudig-ernste Eifer der Jungen getreten, die sich untereinander anfeuern, verbessern, über den Wert einer Frage oder Antwort erregt diskutieren. Der Lehrer und sein früher gefürchtetes Notizbuch halten sich im Hintergrund. Auch der neue Wissensstoff, das fortschreitende Pensum wird im modernen Unterricht zum großen Teil in die Hand des Schülers gelegt. Stets sind einige Pioniere dazu bestimmt, das Neue erstmalig vorzubereiten und in Form von Vorträgen, Experimenten, Erläuterungen, an die aufstrebenden Klassengenossen heranzubringen. (Das Material hierzu ist unter Anleitung des Lehrers vorher beschafft und verarbeitet worden.) Hier spielt die nachfolgende Debatte, gemürt durch die Zwischenrufe der Mitschüler und Einwände des Lehrers eine wichtige Rolle, denn durch sie wird der Stoff erweitert und ergänzt, wird neuen Erkenntnissen der Weg bereitet. Mit gespanntester Aufmerksamkeit muß der Lehrer den auch für ihn anregenden Verlauf dieses „Selbstunterrichts“ der ihm anvertrauten Klasse verfolgen. Er ist die oberste Instanz. Ihm liegt bei aller Zurückhaltung, die er sich auferlegen soll, die endgültige Entscheidung ob, er beurteilt den objektiven Wert des Vorgelegenen, den Intelligenzgrad der Sprecher und den Eifer der Debatteordner.

Man hat den Wert der eigenen Darstellung, der Erarbeitung eines noch so ungenügenden Themas durch die Schüler für so groß gehalten, daß schon von Segis, der untersten Klasse der höheren Schulen, ab, Vorträge und Selbstunterricht auf das Programm der Schulstunden gesetzt werden. Die moderne Psychologie weiß, daß nur das im jugendlichen Hirn haften bleibt, was der Schüler unter Betonung des besonderen Interessentereiches sich selbst zusammenstellt und seiner Eigenart getreu auch selbst wiedergibt. Die Vernachlässigung des Vorbereitungs auf das Leben hat in die früher oft so dumpfe, unfruchtbare Luft der Schulstunden einen neuen, frischen Hauch hineingetragen.

